

DISKUSSIONSBEITRÄGE

aus dem

**Volkswirtschaftlichen Seminar
der Universität Göttingen**

Beitrag Nr. 107

**Das Schweigen der Ökonomik
Wissenschaftliche Politikberatung als
wirtschaftspolitischer Diskurs**

Ute Kalbitzer

Mai 2001

Platz der Göttinger Sieben 3

D-37073 Göttingen

Telefon: 0551 / 39-7400

E-Mail: ukalbit1@uni-goettingen.de

Das Schweigen der Ökonomik

Wissenschaftliche Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs

Ute Kalbitzer
Universität Göttingen

Abstract:

In diesem Beitrag wird davon ausgegangen, daß der zuletzt wiederholt konstatierte schwindende Einfluß ökonomischer Erkenntnis auf die Politik auf verschiedenen, sehr heterogenen Problemen wissenschaftlicher Politikberatung gründet, die nicht allein aus disziplinärer Perspektive gelöst werden können. Ausgehend von der Problemdiagnose namhafter Ökonomen werden die Restriktionen wissenschaftlicher Politikberatung in demokratisch verfaßten Wissensgesellschaften als Dialogblockaden identifiziert, die – vorausgesetzt wissenschaftliche Politikberatung wird als Kommunikationsprozeß aufgefaßt, – in einem interdisziplinären Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs zu analysieren sind.

Gliederung:

1. Schwindender Einfluß volkswirtschaftlichen Wissens – der ‚Fall der Königin der Sozialwissenschaften‘	1
2. Die „ökonomische“ Problemwahrnehmung und kurzfristige wissenschaftspolitische Strategien	6
3. Beratungslücken – Erfahrungsberichte von Ökonomen	10
3.1. Beratungsmarktversagen in der wissenschaftlichen Politikberatung	13
3.2. Vom Beratungsmarktversagen zum wissenschaftlichen Politikberatungsdiskurs	19
4. Von der disziplinären Offenheit zum interdisziplinären Dialog: Ein Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs	23
Literaturangaben	28

1. Schwindender Einfluß volkswirtschaftlichen Wissens – der ‚Fall der Königin der Sozialwissenschaften‘

Die Rolle der Politikberatung bzw. das Verhältnis von Wissenschaft und Politik rückt seit geraumer Zeit wieder sowohl in das Blickfeld der Medien als auch in das Bewußtsein der Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Ein ‚Expertendilemma‘¹ wird allerorten diagnostiziert: Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen im Spannungsfeld wissenschaftlicher Glaubwürdigkeit und politikrelevanter Forschung, konfrontiert mit einer Information suchenden, aber auch für ihre eigenen Zwecke mißbrauchenden Politik, zwischen organisierten Interessen und demokratischer Öffentlichkeit.

In den letzten Jahren orientierte sich die wirtschaftspolitische Debatte über die wissenschaftliche Politikberatung an der vermeintlichen Unfähigkeit der Politiker, die wirtschaftspolitischen Erkenntnisse adäquat umzusetzen.² Politiker ihrerseits reagieren mit dem Vorwurf der Praxisferne der wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse. Unter der Formel ‚Theorieversagen versus Politikversagen‘ läßt sich die gegenseitige Schuldzuweisung in der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung um das Verhältnis von Wissenschaft und Politik prägnant zusammenfassen. Anders gesagt: „Fremde Kulturen stoßen aufeinander, wenn Wirtschaftswissenschaftler mit Politikern ins Gespräch kommen. Die einen fühlen sich nicht verstanden, die anderen wollen nichts verstehen.“³

Vor dem Hintergrund der Entwicklung zur Informations- und Wissensgesellschaft⁴ steigen auch die Bedeutung der wissenschaftlichen Politikberatung sowie die Anforderungen an sie, und die einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen sind gehalten, diesen neuen Anforderungen zu genügen und ihre gesellschaftliche Bedeutung im wissenschaftlichen Wettbewerb unter Beweis zu stellen. Dieses generelle Problem der wissenschaftlichen Disziplinen, ihren Platz im Spannungsfeld wissenschaftlicher Erkenntnis und gesellschaftspolitischer Relevanz zu finden, ist im allgemeinen Gegenstand der theoretischen Diskussionen zur wissenschaftlichen Politikberatung.

Mit Blick auf die Institutionen, die die Barrieren zwischen Politik und Ökonomie bzw. zwischen Theorie und Praxis zu überwinden suchen, kann die einseitige Zuschreibung von Verantwortlichkeiten durchbrochen und durch eine allgemeine Anerkennung des komplexen

¹ *Die Zeit* vom 15. Juni 2000, S. 41.

² Die Diagnose der Neuen Politischen Ökonomie im allgemeinen und der Ansätze der ökonomischen Theorie der Politik bzw. der Public-Choice-Ansätze im besonderen, aber auch die der Institutionenökonomik, lautet unisono „Staatsversagen“.

³ Petra Pinzler: „Zu viele Dünnbrettbohrer. Der heftige Streit der Forschungsinstitute offenbart die Misere der deutschen Ökonomenzunft“. In: *Die Zeit* vom 29.1.1998, S. 23.

⁴ Rothschild (1998) spricht von den neuen Problemen für die wirtschaftspolitische Beratung vor dem Hintergrund enormer Entwicklungen, die er mit den Schlagworten: „Informationsgesellschaft, Kommunikationsgesellschaft, Post-Fordismus, Post-Moderne, Zwei-Drittel-Gesellschaft und – für uns [Wirtschaftswissenschaftler, U.K.] besonders relevant – ‚Globalisierung‘“ (52) beschreibt.

Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik ersetzt werden. Ansatzpunkte sind Fragen nach der Rolle und den Einflußmöglichkeiten ökonomischer Ideen, aber auch methodologische Kritik verknüpft mit der Suche nach Möglichkeiten und Grenzen wirtschaftspolitischen Problemlösens.⁵ Ausdruck dieser neuen Problemwahrnehmung sind verschiedene Beiträge über konkrete Beratungserfahrungen als Reflexion langjähriger Beratungstätigkeit bekannter Ökonomen⁶, die damit die Defizite wissenschaftlicher und wirtschaftspolitischer Beratung verstärkt in das ‚wissenschaftliche Bewußtsein‘ der Wirtschaftswissenschaften rücken. Krupp (1999) betont die Komplexität der Materie verknüpft mit der Erkenntnis: „Reflektiert man das Verhältnis von Wirtschaftswissenschaften und Politikberatung, ergeben sich viele Fragen, die der Antwort harren.“ (143)

„Economists do not know very much; other people, including the politicians who make economic policy, know even less about economics than economists do.“⁷ Das ist nur die eine Seite der Beratungsmedaille, die für Ökonomen insofern befriedigendere, als ihr ökonomisches Wissen weder endgültig noch allumfassend ist, aber immerhin größer als das ökonomische Wissen anderer. Und dennoch, das wenige, was die Ökonomen mehr zu wissen glauben und sie dadurch als Experten ausweist, soll auch in der Politik und Gesellschaft Wirkung entfalten oder – wie Frey (2000) es formuliert – „Einfluß haben“. Wenn Frey den Einfluß der Volkswirtschaftslehre auf Wirtschaft und Gesellschaft mittels Produktionsfunktionen⁸ der VWL, Wirkungsweisen ökonomischer Ideen und Einflußmöglichkeiten der Ökonomen messen will, spricht er wesentliche Aspekte an, die den Zustand der Volkswirtschaftslehre und deren gesellschaftliche Relevanz repräsentieren, die aber meist in ökonomischen Beiträgen zur wissenschaftlichen Politikberatung vernachlässigt werden, da – wie Frey treffend feststellt – oft „Beratungstätigkeit mit der *Wirkung* der Beratung gleichgesetzt wird“ (2000:5, Hervorheb. i. O.).⁹

⁵ Vgl. Pitlik (2001), Frey (2000), Mohr (1999), Apolte/Wilke (1998), Colander/Coats (1989), Hall (1989) Ward (1986)

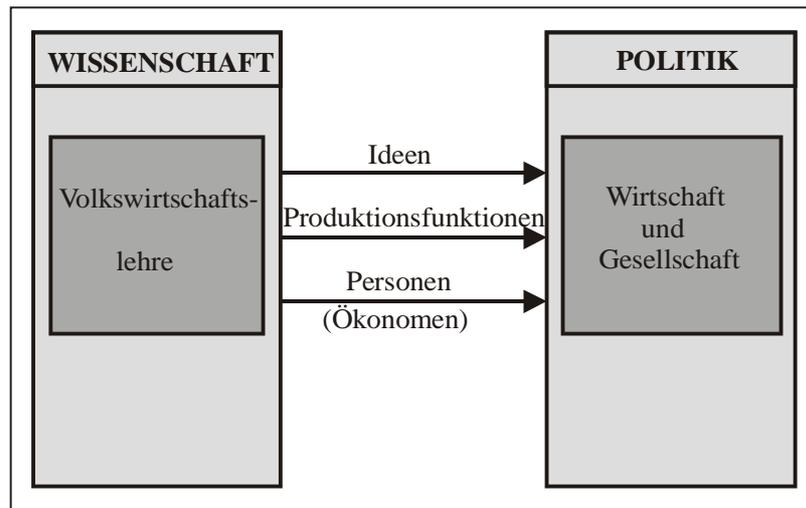
⁶ Vgl. Franz (1998, 2000), Frey (2000), René Frey (1996), Hauser (1992), Hüther (2000), Krupp (1995, 1999), Külp (1992), Müller (1992), Neumann (1998), Priddat (1999, 2001) Rothschild (1998), Schatz (1999), Streißler, (1998), Tichy (1998), Weizsäcker (1999, 2000).

⁷ Herbert Stein zitiert nach Hamilton (1992:62).

⁸ Über die Produktionsfunktion der Volkswirtschaftslehre schreibt Frey: „Die Volkswirtschaftslehre (V) als Input bewirkt als Output eine Veränderung des Zustandes von Wirtschaft und Gesellschaft (X), der natürlich auch durch weitere Einflüsse (Z), sowie durch andere Wissenschaften (A) beeinflusst wird: $X = F(V, Z, A)$.“ (2000:9) Aber zur Messung des Einflusses hält Frey diese Produktionsfunktion nicht für ausreichend: „Insgesamt handelt es sich bei der Produktionsfunktion der Volkswirtschaftslehre um einen typischen Fall einer Messung ohne ausreichender [?] Theorie. Aus diesem Grund führt kein Weg daran vorbei, den Einflusses [?] der Volkswirtschaftslehre tiefer zu analysieren.“ (2000:11)

⁹ Frey (2000) beklagt das „tiefe Niveau der Diskussion um den Einfluß der Volkswirtschaftslehre“ (5), doch betont er auch die Probleme der „analytische[n] Durchdringung des sicherlich schwierigen Themas“ (25), so daß seines Erachtens einerseits über die „Analyse der wirtschaftspolitischen Beratung im engeren Sinne“ (6) hinausgegangen werden muß und andererseits noch „keine Rede von einer geschlossenen Theorie und überzeugenden Empirik sein“ (6) kann.

Abbildung 1: Drei Ansatzpunkte zur Erfassung des Einflusses der Volkswirtschaftslehre nach Frey (vgl. 2000:8)



Eigene schematische Darstellung.¹⁰

Die Volkswirtschaftslehre ist von dieser Diskussion in besonderer Weise betroffen, denn sowohl der schwindende Einfluß der Volkswirtschaftslehre auf die Politik als auch die Realitätsferne ökonomischer Erkenntnisse werden zunehmend Gegenstand wirtschaftswissenschaftlicher Reflexionen. Frey beklagte im *Handelsblatt*¹¹ den drohenden Bedeutungsverlust der Volkswirtschaftslehre bei der Klärung aktueller wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Fragen. Sowohl die Fehlwahrnehmung der Ökonomen selbst, für die die Bedeutung ihrer Disziplin zur Lösung gesellschaftlicher Probleme außer Frage stehe, als auch der Zustand der Universitäten, die – dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt – nur geringe Anreize¹² böten, sich mit gesellschaftlichen Gegenwartsproblemen zu beschäftigen, könne schließlich zum Bedeutungsverlust einer ganzen Disziplin führen. In Frankreich protestierten Studenten und Professoren der Wirtschaftswissenschaften gegen eine „autistische Ökonomie“¹³, und Meier (1994) sieht die „Ökonomen auf dem Weg von der Expertise zur Esoterik“. Eine bittere Bilanz über das Wirken einer Disziplin, die noch in den sechziger Jahren mit der Ausrufung des „Zeitalters der Ökonomen“¹⁴ bedacht wurde und von sich selbst als „Königin der Sozialwissenschaften“¹⁵ sprach und der nun – im Zeitalter der Globalisierung – das Schicksal droht, im Wettbewerb der Disziplinen einerseits und im

¹⁰ In diesem Beitrag sind alle schematischen Darstellungen wissenschaftlicher Politikberatung aus Gründen der Vergleichbarkeit als Verhältnis von Wissenschaft und Politik visualisiert. Die schematischen Darstellungen anderer Autoren wurden in diese vorgegebene Struktur integriert und sind deshalb nicht als Zitationen im eigentlichen Sinne aufzufassen.

¹¹ *Handelsblatt* vom 13. Juni 2000, S. 57.

¹² Vgl. hierzu auch René Frey (1996:8).

¹³ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Oktober 2000, S. 20.

¹⁴ Heller (1968).

¹⁵ Samuelson (1975:21).

Beratungswettbewerb andererseits den konkurrierenden Disziplinen den Vortritt lassen zu müssen.

Die Analyse der wirtschaftswissenschaftlichen Krisensituation und die Lösungsvorschläge zu deren Überwindung sind mit grundsätzlichen Problemen behaftet, die meist aus einer disziplinären Perspektive wahrgenommen werden. Die Einforderung einer „Ökonomik der Ökonomik“ (Frey, 2000:25) deutet auf eine (bedenkliche) Selbstreferenzialität der Disziplin hin, wenn einerseits Frey im *Handelsblatt* ein Umdenken innerhalb der volkswirtschaftlichen Disziplin, weg von der „zunehmenden Formalisierung und Behandlung selbstdefinierter Probleme“ hin zur Verortung der „Volkswirtschaftslehre als Teil der Sozialwissenschaften“, die „sich mit den drängenden Problemen der Gegenwart“ auseinandersetzt, fordert und andererseits für denselben Autor Interdisziplinarität nur „die Verwendung eines gemeinsamen Ansatzes, der auf dem methodologischen Individualismus und dem Rationalverhalten beruht“ (1995:346), bedeutet. Was aber soll eine ‚Ökonomik der Ökonomik‘ bewirken, wenn eben jenes bestehende formale Instrumentarium, welches im Zentrum von Freys eigener Kritik steht, entscheidend dazu beiträgt, daß ein „Anspruch auf wirtschaftspolitische Relevanz erst gar nicht erhoben wird“ (26)?¹⁶ Wenn die von Frey konstatierte Krise der Ökonomik¹⁷, verbunden mit einem mangelnden Einfluß der ökonomischen Politikberatung, als Situationsbeschreibung der Probleme der VWL akzeptiert wird, müßte dies der Ausgangspunkt sowohl für eine grundlegende Bestandsaufnahme als auch für die Suche nach Lösungen sein, um ihre Rolle, Möglichkeiten und Grenzen innerhalb des wissenschaftlichen Politikberatungsprozesses neu zu bestimmen.

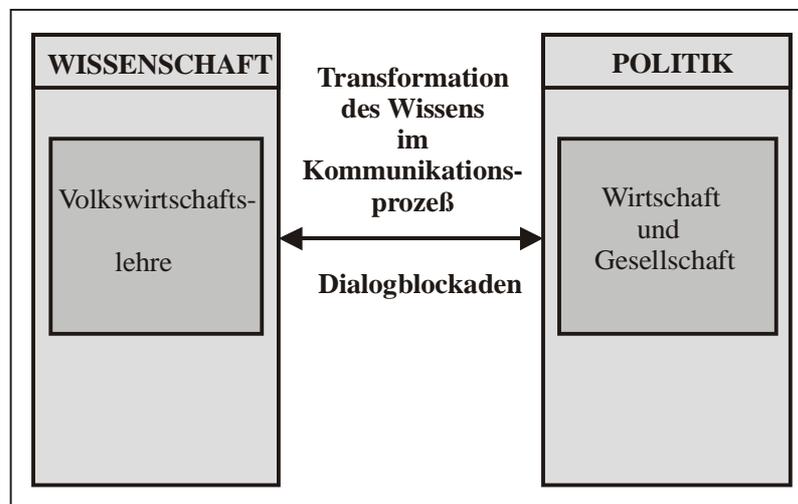
Jenseits der Tendenz der Volkswirtschaftslehre, „sich immer stärker zu einer Analyse formaler und selbstdefinierter Probleme“ (Frey, 2000:25) zu entwickeln, wird diesbezüglich hier die These vertreten, daß die ökonomische Analyse der Ökonomik die Analyse von

¹⁶ Bei Krupp (1995:311) heißt es: „Wissenschaft, die sich ihre Aufgaben selber stellt, kann sich in Entwicklungen verrennen, die weder gesellschaftlich relevant, noch in der Praxis anwendbar oder in der Öffentlichkeit vermittelbar sind. Als Beispiel sei auf die moderne, mathematisch orientierte ökonomische Theorie verwiesen.“

¹⁷ Vgl. u.a. Kazmierski (1993), Holub (1993), Ramb (1989), Weiman (1987), Elsner (1986). Auch Lawson (1997) verdeutlicht innerhalb einer Theorereflexion die Nöte der Wirtschaftswissenschaften, zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme etwas beizutragen. Die Ursache für diese Entwicklung ist seiner Ansicht nach die nach wie vor vorherrschende positivistische Wissenschaftstheorie, die zum Auseinanderklaffen von ökonomischer Analyse und wirtschaftlicher Realität führe. Brodbeck (1997) geht noch darüber hinaus und wirft den Wirtschaftswissenschaften ihre mechanistische Ausrichtung, repräsentiert in der Gleichsetzung von Physik und Ökonomie, vor: „Diese Theorie erweist sich als sinnlos; allerdings heißt das nicht, daß es keine Wirklichkeit wäre. Beschreibt man die Wirtschaft mechanisch und formuliert politische Programme gemäß diesem Denkmodell, so wirken diese Beschreibungen und erschaffen Wirklichkeit.“ (70) Das Phänomen, daß „theoretisch geschaffene Realitäten für Wahrheit gehalten oder als einzige Grundlage für Handlungsentscheidungen genommen werden“ (Hauser, 1992:31) und dann eine reale Umsetzung erfahren, ist die zu problematisierende Gefahr einer wissenschaftlichen Politikberatung, die sich einerseits Max Webers zentralem Anliegen verpflichtet fühlt, „jederzeit deutlich zu machen, daß und wo der denkende Forscher aufhört und der wollende Mensch anfängt zu sprechen“ (1988a:157, Hervorheb. i. O.), und andererseits Webers Warnung zu vergessen droht, daß die als „geltend geglaubte praktische Idee und der zu Erkenntniszwecken konstruierte Idealtypus nebeneinander herlaufen und die stete Neigung zeigen, ineinander überzugehen“ (1988a:201, Hervorheb. i. O.)

Kommunikationsprozessen weitestgehend ausblendet und sich damit einen wesentlichen Zugang zur Frage der Einflußmöglichkeiten wissenschaftlichen Wissens und damit auch ökonomischen Wissens auf gesellschaftspolitische Prozesse verstellt. Wird dagegen der Vermittlungsprozeß zwischen Wissenschaft und Politik als Kommunikation verstanden, dann ist mangelnder Einfluß volkswirtschaftlicher Erkenntnisse auf die Politik als Kommunikationsproblem zu interpretieren. Wenn der wirtschaftspolitische Beratungsprozeß mit der Hoffnung auf einen erfolgreichen Dialog verknüpft wird, dann stehen die offenkundigen Dialogblockaden als Problemdiagnose der realen wirtschaftspolitischen Beratungspraxis im Zentrum der Analyse.

Abbildung 2: *Wissenschaftliche Politikberatung: Kommunikation zwischen Wissenstransfer und Dialogblockaden (Transformation des Wissens)*



Eigene schematische Darstellung

Interdisziplinarität oder auch Transdisziplinarität¹⁸ sind gefragt, wenn eine wissenschaftliche Disziplin in eine Krisensituation gerät. "Man kann die These verteidigen, daß, je grundlegender die Problemlagen sind, sie umso weniger von Kompetenzen her zu bearbeiten sind, die sich aus durch Spezialisierung entstandenen Fächern herleiten." (Benseler u.a., 1994:11) Dabei gilt es die Kommunikationsprobleme der verschiedenen theoretischen Schulen zu überwinden und damit auch einen institutionalisierten transdisziplinären Ort des Dialogs zu finden.¹⁹

¹⁸ Vgl. exemplarisch zur Debatte um das Für und Wider von Interdisziplinarität oder Transdisziplinarität Arber (1993) und Felt/Nowotny/Taschwer (1995).

¹⁹ In diesem Zusammenhang formulieren Benseler u.a. (1994) den Institutionalisierungsvorschlag: „Es müßten Zeitschriften institutionalisiert werden, die selbst als *Forschungsprojekte* zu entfalten wären. Wissenschaft ist nach dem üblichen Bilde besonders kritisch. Demnach müßten wissenschaftliche Zeitschriften Kritik in dem Sinne institutionalisiert haben, als sich an jeweilige Hauptartikel Kritiken anschließen, auf die in einer Replik geantwortet werden müßte.“(12-13, Hervorheb. i. O.)

Vor dem Hintergrund dieser generellen Problematik – das Verhältnis von Wissenschaft und Politik einerseits und von Disziplinarität und Inter- bzw. Transdisziplinarität andererseits – wird in dem vorliegenden Beitrag versucht, die gegenwärtige Diskussion über den beklagten mangelnden Einfluß der Wirtschaftswissenschaften in der politischen Debatte um eine interdisziplinäre (interdiskursive) Betrachtung des Problems zu erweitern. Vor allem die von Apolte/Wilke (1998) und Pitlik (2001) vorgeschlagene Lösung, Öffentlichkeitsberatung durch verstärkte mediale Präsenz zu betreiben, wird als unzureichender Versuch wissenschaftlicher Einflußnahme kritisiert. Dazu werden zunächst die wirtschaftswissenschaftlichen Diagnosen zum schwindenden Einfluß der VWL und die Plädoyers für eine verstärkte Präsenz in den Massenmedien skizziert, Widersprüchliches innerhalb dieser ökonomischen Betrachtungsweise aufgezeigt und mit den konkreten Beratungserfahrungen namhafter Ökonomen kontrastiert. Die aus der Diskrepanz zwischen Problemwahrnehmung und ökonomischer Erklärung resultierenden ‚Beratungslücken‘ führen zu der Annahme, daß ein Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs dazu beitragen kann, den grundlegenden Problemen wissenschaftlicher Politikberatung auch weiterhin auf der Spur zu bleiben.

2. Die „ökonomische“ Problemwahrnehmung und kurzfristige wissenschaftspolitische Strategien

Ein zunehmend Beachtung findendes Argument in der Debatte um den Ruf der wirtschaftswissenschaftlichen Disziplin allgemein und den Stand der wissenschaftlichen Forschung im besonderen formulieren – neben anderen – Apolte/Wilke (1998) und Pitlik (2001). Es zielt auf die notwendige Transformation der Regierungs- und Politikberatung in eine „wirtschaftswissenschaftliche Öffentlichkeitsberatung“ (Pitlik, 2001:62) ab und fordert als Konsequenz institutionelle Reformen, die gewährleisten, daß „die Politikberater stärker in den öffentlichen Meinungsbildungsprozeß eingebunden sind“ (Apolte/Wilke, 1998:782).

Anstelle der oben von Frey (2000) skizzierten Probleme und Mängel der wirtschaftswissenschaftlichen Wissensproduktion (Theorieversagen) diagnostiziert Pitlik ein allgemeines Politikversagen, weil „die Hauptursachen der oft ungenügenden Umsetzung von Politikempfehlungen auf der Adressatenseite zu suchen sind“ (2001:63). Eingekreist von wirtschaftswissenschaftlicher Unkenntnis verbleibt den Wirtschaftswissenschaftlern und Wirtschaftswissenschaftlerinnen nur die Flucht nach vorn²⁰, denn – überzeugt davon, daß

²⁰ Der Rückzug in den wissenschaftlichen Elfenbeinturm wird von Apolte/Wilke (1998) und Pitlik (2001) aufgrund der angestrebten Erhöhung des Einflusses ökonomischen Wissens auf die Politik ausgeschlossen. René Frey (1996) dagegen resümiert, daß Ökonomen, wenn sie die Schwierigkeiten der wissenschaftlichen Politikberatung ernst nähmen, leicht zur Resignation und zum Rückzug in den Elfenbeinturm der Theorie neigen würden (vgl. 1996:5-6). Sein Lösungsvorschlag bezieht sich u.a. auf interdisziplinäre Zusammenarbeit zur

„die VWL wertvolle Beiträge zur Problemlösung leisten kann“ (Pitlik, 2001:69), – wird nun versucht, ökonomische Aufklärungsarbeit nicht mehr in der Politik, sondern direkt in der Öffentlichkeit zu leisten.

Apolte/Wilke (1998: 776-783) zeigen in kritischer Auseinandersetzung mit den Ansätzen der ökonomischen Theorie der Politik²¹, warum ökonomische Ideen kaum Einfluß auf die Politik haben. Rationale Ignoranz oder die „Uninformiertheit der Wähler“ (Pitlik, 2001:65) sowie die Theorie der Interessengruppen²² bringen das grundsätzliche Dilemma wissenschaftlicher Politikberatung zutage, welches aus den unterschiedlichen Motivationen und Beratungsstrategien der Politikberater und der Interessensvertreter resultiert: „Die wissenschaftlichen Politikberater versuchen, die Politiker darüber zu informieren, welche Politik die Wähler honorieren würden, wenn diese ihre Wahl *nicht* hinter dem *veil of insignificance* trafen. Die Lobbyisten aber klären die Politiker über jene Politik auf, die die Wähler in der Realität und hinter dem *veil of insignificance* tatsächlich honorieren.“ (Apolte/Wilke, 1998:780, Hervorheb. i. O.)²³

Die ökonomische Analyse der Politik zeichnet folgendes Bild: Politiker benötigen für ihre „Wiederwahl allein Informationen darüber, welche Politik von den Wählern honoriert wird“ (Apolte/Wilke, 1998:780), doch sind die wirtschaftswissenschaftlichen Politikberater nicht „so gut über den (verzerrten) Informationsstand und das moralische Urteil im Bilde [...] wie jene, die aktiv an deren Entstehung mitarbeiten.“ (Apolte/Wilke: 1998:780) Zugespitzt formuliert bedeutet das für die wissenschaftliche Politikberatung, daß „die Ökonomen die Politiker systematisch mit den falschen Informationen [versorgen]. Streng genommen sind die Informationen der wissenschaftlichen Politikberater daher nicht nur irrelevant. Schlimmer noch: Wenn die Wettbewerbsintensität des politischen Marktes entsprechend hoch ist, wäre es geradezu fatal für politische Entscheidungsträger, dem Rat der Wissenschaftler zu folgen“ (Apolte/Wilke, 1998:781).

Während Apolte/Wilke zufolge die Strategien der Interessengruppen darauf abzielen, „in ihrer Argumentation mehr oder weniger gegen wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse [zu] verstoßen“ (Apolte/Wilke, 1998:779), und es sich daher aus ihrer Logik als sinnvoll erweist, „mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit nicht nur (Des-)Informationspolitik zu betreiben, sondern zusätzlich an die moralischen Empfindungen der Wähler zu appellieren“ (Apolte/Wilke, 1998: 779), betont Pitlik (2001) stärker den Gegensatz von Wissenschaft und Politik bzw. zwischen

Hervorbringung neuer Erkenntnisse, doch diese „erfordert den Transfer zwischen Wissenschaftsdisziplinen“ (1996:20).

²¹ Vgl. Downs (1957).

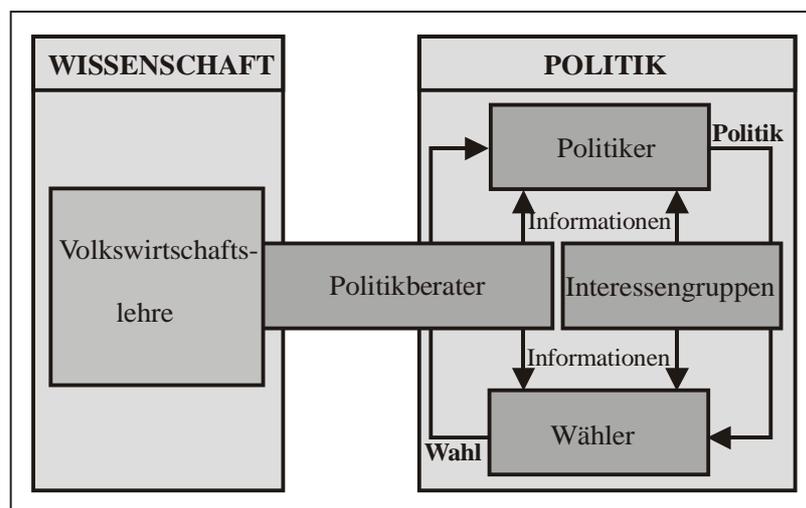
²² Vgl. Olson (1965).

²³ In Anlehnung an den *veil of ignorance* des rationalen Wählers innerhalb der ökonomischen Theorie der Politik spricht Kliemt (1986) vom *veil of insignificance*, der auf die Bedeutungslosigkeit der eigenen Wahlentscheidung auf das gesamte Wahlergebnis hinweist. „Wegen der Insignifikanz seiner individuellen Wahlentscheidung kann ein völlig rationaler Wähler je nach Beschaffenheit der sonstigen Wahlnutzen durchaus eine Politikalternative wählen, deren Verwirklichung seinen persönlichen Interessen zuwiderlaufen würde.“ (Apolte/Wilke, 1998:778)

wissenschaftlichem Wissen und „manipulierter ‚verschmutzter‘ Information“ (2001:65), indem er konstatiert: „Die ideologischen Grundvorstellungen in der Gesellschaft stellen [...] ein Hindernis für marktorientierte wirtschaftspolitische Kurswechsel dar“ (2001:67). Anders gesagt, geraten Interessengruppen und Wissenschaftler in diesem ökonomischen Modell der Politikberatung im Wettkampf um Einfluß in eine Konkurrenz zueinander, die zugunsten der Interessengruppen entschieden wird, weil diese „für die politischen Entscheidungsträger offensichtlich interessanter und wichtiger als wissenschaftliche Politikberater“ (Apolte/Wilke, 1998:780) sind.

Entsprechend schlagen Apolte/Wilke als „Alternativmodell der Politikberatung“ (1998:783) vor, den Adressatenkreis einer wissenschaftlichen Politikberatung nicht auf die Politiker zu beschränken, sondern auf die Öffentlichkeit auszudehnen.

Abbildung 3: Ein Alternativmodell der Politikberatung nach Apolte/Wilke (vgl. 1998: 783)



Eigene schematische Darstellung

Die Vorstellung, daß das zentrale „Ziel des Wissenschaftsbetriebs der wissenschaftliche Fortschritt“ (785) ist, verknüpft mit dem Anspruch, „daß wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse auch in die Öffentlichkeit hineingetragen und damit letztlich eben auch politische Entscheidungen beeinflußt werden sollten“ (785), macht institutionelle Reformen notwendig. Der Umstrukturierungsvorschlag von Apolte/Wilke (1998) für Fakultäten, Forschungsinstitute und Politikberatungsgremien zielt mit der Budgetierung der Stellen wissenschaftlichen Personals einerseits und öffentlichkeitsorientierter Wissenschaftler andererseits auf eine effektivere Politikberatung ab. Diese institutionellen Arrangements könnten demzufolge Anreize für die Wirtschaftswissenschaftler setzen, sich einen Teil „der Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit zu eigen zu machen, die ihre Konkurrenten seit langem mit Erfolg anwenden“ (786), wobei die Autoren kaum Anhaltspunkte dafür finden, „daß

Medienfreundlichkeit und wissenschaftliche Seriösität in einem grundsätzlichen Widerspruch zueinander stünden“ (783).²⁴

Auch wenn Pitlik (2001) die Problematik der Mediokratie kurz benennt und demzufolge für eine „Waffengleichheit im Kampf um die mediale Aufmerksamkeit“ (2001:69) plädiert, wird trotzdem als Hauptgrund der unzureichenden Medienpräsenz der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberater „mangelnder Anreiz zur Publizität“ diagnostiziert. Neben den konkreten Vorschlägen von Apolte/Wilke (1998) für institutionellen Umgestaltung kann Pitlik (2001) mit der Gründung von Think Tanks und anderen Non-Profit-Organisationen als „Beitrag zum gesellschaftlichen Dialog“ (2001:70) reüssieren – doch letzten Endes bleibt auch hier nur die Hoffnung auf die intrinsische Motivation der wissenschaftlich Arbeitenden, verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zu leisten.

Diese Hoffnung könnte zerstört werden, wenn sich beratende Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen fragen, warum und wie sie in den Massenmedien außer symbolischer Präsenz noch wirtschaftswissenschaftliche Inhalte vermitteln sollen und können. Denn wenn das Grundproblem wissenschaftlicher Politikberatung darin besteht, daß Wissenschaftler nicht die vom Wähler honorierten Informationen liefern und deswegen ihre Informationen auf einem funktionierenden politischen Markt²⁵ von den Politikern gar nicht erst nachgefragt werden, schließt sich die Frage an: Warum sollten Wirtschaftswissenschaftler durch verstärkte Medienpräsenz ihren Einfluß auf die Politik erhöhen können, wenn sie ihre wissenschaftlichen Informationen – ohne auf wissenschaftlichen Gehalt und ihre Unabhängigkeit zu verzichten – auf diesem Wege nun direkt der Öffentlichkeit präsentieren, die aber aufgrund des *veil of insignificance* diese wissenschaftlichen Informationen ihrerseits gar nicht honorieren kann, denn sonst hätten die Politiker – wie oben gezeigt – nicht den Rat der Interessensgruppen, sondern den Rat der scientific community gesucht? Der Ansatzpunkt einer wissenschaftlichen Beeinflussung der Politik über die Wähler und Wählerinnen wurde doch von Apolte/Wilke (1998) in ihrer kritischen Darstellung der ökonomischen Theorie der Politik als mögliche Handlungsalternative schon a priori ausgeschlossen.

²⁴ In diesem Zusammenhang wird die Nutzung der Massenmedien zur Verbreitung und Erhöhung des Einflusses ökonomischen Wissens in der Öffentlichkeit propagiert. Die Anzahl der Fernsehauftritte von Wirtschaftswissenschaftlern gekoppelt mit einer Zuschauerquote sollen die Wirkung im Sinne eines Indikators „Höhe des Einflusses“ quantifizieren. Ebenso werden Beiträge in populären Zeitschriften und Tageszeitungen mit hohen Auflagen als Indikatoren vorgeschlagen. Das Ansinnen der Ökonomen, sich der Massenmedien als Multiplikatoren von Informationen bedienen zu wollen, um damit irgendwie ökonomisches Wissen in die gesellschaftliche Kommunikation zu integrieren, erfolgt ohne Klärung der Wirkungsweise medialer Kommunikation. Dieses Vertrauen auf gesicherte Wirkung und geringe Manipulationspotentiale könnte durch einen Blick in die angrenzende Medienwissenschaft in fundamental Frage gestellt werden. Vgl. dazu beispielsweise Merten (1994) und Thiedeke (1997).

²⁵ Die Möglichkeit, daß auf einem Beratungsmarkt auch Beratungsmarktversagen vorliegen könnte oder, wie Tichy (1998) aus Sicht seiner langjährigen Beratungserfahrung es formuliert, daß der Beratungsmarkt ein Markt ist, „auf dem es besonders viel Marktversagen gibt“ (1998:71), wird u.a. von Apolte/Wilke (1998) nicht in Betracht bezogen.

Anders formuliert: Wenn über die Medien eine Öffentlichkeit über wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnisse aufgeklärt werden soll und damit die Hoffnung verbunden ist, größeren Einfluß auf die Politik zu erhalten, dann müssen andere Wirkungszusammenhänge zwischen Politikern, Interessengruppen, Ökonomen und Öffentlichkeit unterstellt werden.²⁶ Wird aber der Übergang zur potenzierten Medienpräsenz als (kurzfristige) wissenschaftspolitische Strategie verfolgt, dann steht zu befürchten, daß grundlegende Probleme anwendungsorientierter Forschung und deren Vermittlung an die Politik sowie Modelle wissenschaftlicher Politikberatung auch weiterhin ein vernachlässigtes Thema wirtschaftswissenschaftlichen Forschens bleiben. Intrinsisch motivierte Ökonomen und Ökonominen könnten jedoch den disziplinären Standortvorteil der Wirtschaftswissenschaften nutzen und das komplexe Verhältnis zwischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik neu ausloten²⁷ und darüber einen interdisziplinären (erfolgreicheren?) Zugang zu wissenschaftlicher Politikberatung erhalten.

3. Beratungslücken – Erfahrungsberichte von Ökonomen

Die Frage, welcher Einfluß von wirtschaftstheoretisch gewonnener Erkenntnis auf die Überlegungen zur Lösung wirtschaftspolitischer Gestaltungsaufgaben ausgehen kann, hängt wesentlich von der Bedeutung ab, die theoretisch geschulte Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen selbst den theoretischen Wissensbeständen ihres Faches beimessen, wenn sie zu Sachverhalten der praktischen Wirtschaftspolitik Stellung beziehen. Aber nicht nur die Bewertung der eigenen wissenschaftlichen Forschungsergebnisse, sondern auch die Frage einer effizienten Vermittlung dieses Wissens und eine problemadäquate Situationseinschätzung entscheiden über die Durchsetzungsfähigkeit und die Realisierungspotentiale einer Konzeption in der politischen Arena. Letztlich bedarf es einer Analyse der Aspekte und Probleme, die im Bereich der Wissensproduktion, im praktischen Anwendungssystem und auch in den Vermittlungs- und Kooperationsstrukturen liegen.²⁸ Diese Erkenntnis aufgreifend werden im folgenden Erfahrungsberichte von Ökonomen²⁹ zur akademischen Beratungstätigkeit vorgestellt. Letztlich dient diese schlaglichtartige Präsentation der Stützung der These, daß Aspekte der ‚kommunikativen Wissensvermittlung‘

²⁶ Kraft (1978) kommt in diesem Zusammenhang zu dem Fazit, daß „den staatlichen Trägern die Abläufe und Wirkungen von Kommunikationsprozessen bekannt sein müssen, wenn eine Informationspolitik nicht irgendwie betrieben und in ihrer Wirksamkeit dem Zufall überlassen werden soll“ (190).

²⁷ Vgl. die Diskussion über die Wirtschaftspolitik als eigenständige Disziplin: Dams (1992), Meier/Mettler (1985,1988).

²⁸ Kirchgässner (1993), René Frey (1996); vgl. auch Lompe (1981).

²⁹ Vgl. Fn. 6. An dieser Stelle ist besonders zu betonen, daß in fast allen Beiträgen direkte Hinweise auf die persönlichen, oft langjährigen Beratungserfahrungen gegeben werden, was die Zuordnung der Texte als Erfahrungsberichte m. E. rechtfertigt.

bei den beratenden Akteuren als Problem wahrgenommen und entsprechend ihrer individuellen Erfahrung formuliert werden, in den Wirtschaftswissenschaften als theoretisches Problem aber kaum Berücksichtigung finden.

Die immer wiederkehrenden Motive bei der Beschreibung der Beratungstätigkeit beziehen sich auf die Unterschiede der Subsysteme Wissenschaft und Politik, die Unabhängigkeit der Beratenden und die Konkurrenzsituation der Beratungsgremien, die Objektivität der Wissenschaft, den wissenschaftlichen Fortschritt zwischen Spezialisierung und Theorienpluralismus, die Umsetzungsprobleme innerhalb des politischen Entscheidungsrahmens, schließlich auf die mißbräuchliche Ausnutzung von Wissen sowohl von seiten der Politik als auch von seiten der Wissenschaft. Die Erklärungen liegen im Spannungsfeld von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Politik bzw. von wissenschaftlicher Erkenntnis und politischer Ideologie. Wissenschaftliche Politikberatung als Kommunikationsprozeß, in dem alle diese Beratungsprobleme entscheidend zur Entstehung von Dialogblockaden beitragen, ist dagegen selten Gegenstand der referierten Beratungserfahrungen.

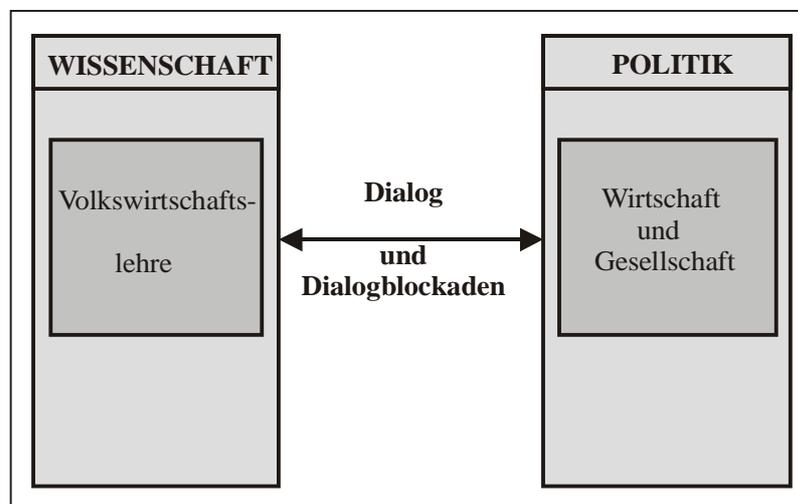
Vielmehr ist die Vorstellung eines Beratungsmarktes, auf dem all diese Aspekte eine Rolle spielen, das dominierende Motiv, wobei der Koordinationsmechanismus des Marktes – vorausgesetzt, der Wettbewerb ist intensiv genug, – als 'Held' in Erscheinung tritt, der jedem Beratungsproblem zu einer positiven Lösung verhilft: Beratungswettbewerb ist notwendig, „damit entdeckt werden kann, welche die entscheidenden wirtschaftspolitischen Fragestellungen sind und worin die beste Antwort liegt“ (Schatz, 1999:150); die Gefahr der selektiven Wahrnehmung verhindert der internationale wissenschaftliche Wettbewerb (Neumann, 1998); nur „der Wettbewerb der Wissenschaftler [stellt sicher], daß überholtes und widerlegbares Wissen aufgegeben wird“ (Külp, 1992:64); C. v. Weizsäcker (1999) zufolge sind die Selbststeuerungsmechanismen in den verschiedenen gesellschaftlichen Teilsystemen „der Wettbewerb auf dem Markt“, „der Publikationswettbewerb unter Kontrolle der jeweiligen Fachkollegen“ in der Wissenschaft und der „Wettbewerb um die Mehrheit“ in der Politik (143).

Aus kommunikationstheoretischer Sicht werfen diese Aussagen mehr Fragen auf als sie Antworten zu geben vermögen: Die Probleme konkreter Beratungspraxis sind aus dieser Perspektive auf Phänomene zurückzuführen, die mit Hilfe des methodologischen Kanons der Wirtschaftstheorie nicht hinreichend zu erklären sind. Aus wirtschaftspolitischer Sicht³⁰ ist zu

³⁰ Die wirtschaftspolitische Sicht entspringt einer gegenstandsbezogenen Auffassung von Wirtschaftspolitik, die aber zugleich über einen historisch gewachsenen und disziplinär tradierten Zugang hinauszugehen versucht, indem zum Objektbereich der theoretischen Wirtschaftspolitik wirtschaftspolitische Ereignisse im Spannungsfeld der Problemwahrnehmung, der theoretischen Erklärung, der Vermittlung an die Politik und der politischen Praxis gezählt werden. Eine Teilidentität der Erkenntnisobjekte der Wirtschaftstheorie und der Theoretischen Wirtschaftspolitik macht die Klärung ihres Verhältnisses notwendig, wobei weder die angelsächsische Variante (Verzicht auf eine disziplinäre Unterscheidung und weniger konkrete Berührungspunkte zwischen Theorie und Politik) noch die in der Tradition der Werturteilsdebatte entstandene deutschsprachige Variante (disziplinäre Trennung zwischen kausaler und teleologischer Betrachtungsweise und

argumentieren, daß als Gegenentwurf zum Marktmodell ein Instrumentarium zu entwickeln wäre, welches die relevanten kommunikativen Phänomene analysieren kann, aber zugleich für Ökonomen kein unüberwindliches methodisches – weil interdisziplinäres – Hindernis darstellt. Insofern ist ein Verfahren zu entwickeln, welches am wissenschaftlichen Erfahrungsbereich der Ökonomen anknüpft und gleichzeitig die methodologische Übersetzungsleistung integriert. Das bedeutet, von der Anrufung idealer Wettbewerbssituationen als Lösung der Probleme wissenschaftlicher Politikberatung Abstand zu nehmen und diese Annahme durch die Anerkennung eines ‚Beratungswettbewerbsversagens‘ im Rahmen der wissenschaftlichen Politikberatung zu ersetzen. Damit werden die weiter unten referierten Probleme wissenschaftlicher Politikberatung zu Beschreibungskategorien des Marktversagens. In einem weiteren Schritt wird die ‚marktwirtschaftliche Bildsprache‘ durch kommunikationstheoretische Terminologien ersetzt, was nichts anderes bedeutet, als die verschiedenen Formen des ‚Beratungswettbewerbsversagens‘ aus einer kommunikationstheoretischen Perspektive als Dialogblockaden zu begreifen.

Abbildung 4: *Dialog und Dialogblockaden zwischen Wissenschaft und Politik*



Eigene schematische Darstellung

konkrete Betonung der Differenz zwischen Theorie und Politik) zur Klärung des faktischen Ineinandergreifens von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik hinreichend sind. Das wechselseitige Verhältnis von ökonomischer Erkenntnis und wirtschaftspolitischer Erkenntnis – keine Wirtschaftspolitik ohne Wirtschaftstheorie – droht aus dem gemeinsamen wissenschaftlichen Blickfeld zu geraten.

Die Vorgehensweise folgt den entscheidenden Hinweisen von Tichy (1998) über das Beratungsmarktversagen³¹, von Hüther (2000) über asymmetrische Informationen im Beratungsprozeß³², von Priddat (1999) zur theoretischen Lücke zwischen ökonomischer Theoriebildung und Beratungsübersetzung und den notwendigen Anleihen bei den Kommunikationswissenschaften³³ sowie von Krupp (1999) zu den Problemen disziplinärer Betrachtung wissenschaftlicher Politikberatung³⁴.

3.1. Beratungsmarktversagen in der wissenschaftlichen Politikberatung

Die allgemeine Einschätzung der beratenden Ökonomen lautet: Auch wenn persönliche Befähigung zur Politikberatung einem erfolgreichen Beratungsprozeß dienen und damit zur Überwindung des Beratungsmarktversagens individuell beitragen kann³⁵, überwiegen in den Erfahrungsberichten dennoch die problematischen Aspekte, die einer Lösung harren, auch wenn – so Krupp resümierend – „letztlich immer ein Spannungsfeld zwischen Wirtschaftswissenschaften und Politikberatung bestehen bleiben wird – und auch wohl notwendig ist“ (1999:143). Das heißt nichts anderes, als daß einerseits Politik und Wissenschaft als unterschiedliche Systeme wahrgenommen werden und andererseits versucht wird, die systemisch bedingten Grenzen zwischen beiden im Rahmen

³¹ Tichy (1998) meint, daß von einem ‚Markt für wissenschaftliche Ideen‘ gesprochen werden kann, „und in diesem Sinn gibt es auch einen Markt für Beratung; aber natürlich ist das ein Markt, auf dem es besonders viel Marktversagen gibt“ (71).

³² Hüther gibt in seinem Beitrag zu bedenken: „Da der Markt für wirtschaftspolitische Beratung durch asymmetrische Informationen gekennzeichnet ist, kann intensiverer Wettbewerb seine effizienzsteigernde Wirkung nicht entfalten“ (2000:15). Siehe auch Wulffen (1996) und Cassel (2001).

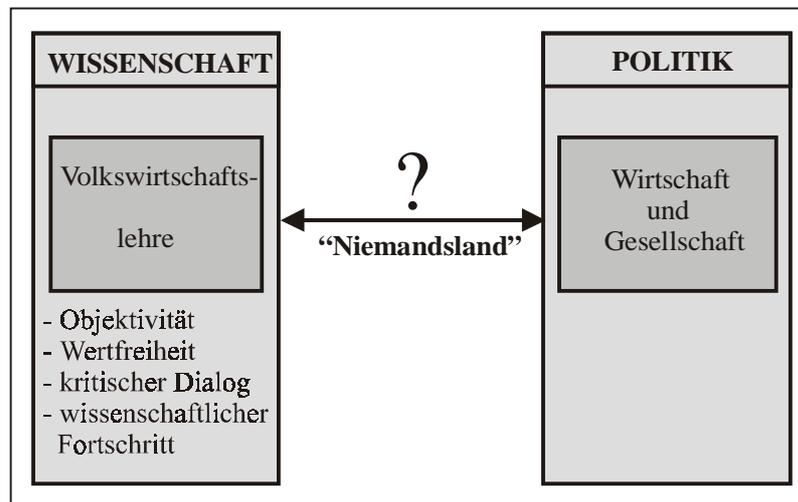
³³ Auch Priddat (1999) beschreibt die Prozesse und Strukturen wissenschaftlicher Politikberatung zunächst in den Kategorien des Beratungsmarktes: „Wenn Beratung ein Markt ist, dann gelten auch Marktkriterien; erstaunlich, daß gerade Ökonomen oft nicht in der Lage sind, das einzusehen, sondern auf eigenartigen Konstrukten wie ‚es gehe um Sachlichkeit‘, ‚um ökonomische Vernunft‘, ‚um wissenschaftliche Exaktheit‘ etc. beharren. Es geht bei Beratungen einzig darum, daß überzeugende Ratschläge gegeben werden. Das Produkt muß, unter Konkurrenz anderer Berater (und dabei nicht nur ökonomischer) und unter Konkurrenz eigener, nichtökonomischer Vorstellungen der Politiker über Ökonomie, ‚verkauft‘ werden. Es fehlt, wenn man systematisch herangeht, an einer Beratungsmarkttheorie, die den vermeintlichen Konflikt zwischen ökonomischer Theorie und Beratungsübersetzung in politische Semantik auflöst.“ (154)

³⁴ Das Argument von Priddat (siehe Fn. 33) wird von Krupp (1999) um die interdisziplinäre Perspektive erweitert, indem er behauptet, daß auch die wissenschaftliche Ausdifferenzierung dazu beiträgt, daß wesentliche Fragen der wissenschaftlichen Politikberatung „in unterschiedlichen Disziplinen angesiedelt sind, zwischen denen ein deutlicher Mangel an Kommunikation besteht“ (140).

³⁵ Rothschild (1998) nennt diese Grundvoraussetzung einer fruchtbaren Beratung „persönliche Chemie“ (47) und Tichy (1998) spricht über die Einstellung des Beraters zum Politiker in Form eines persönlichen Bekenntnisses: „Ich glaube, daß gute Beratungstätigkeit eine positive Einstellung, ja fast möchte ich sagen eine gewisse Liebe, jedenfalls aber eine gegenseitige Wertschätzung zwischen Politiker und Berater voraussetzt; man muß die wechselseitigen Aufgaben, Stärken und Schwächen verstehen.“ (68)

wissenschaftlicher Politikberatung zu überwinden und damit das „Niemandland“³⁶ zwischen Wissenschaft und Politik zu betreten.

Abbildung 5: *Dichotomie zwischen Wissenschaft und Politik: das Niemandland*



Eigene schematische Darstellung

Nach Krupp (1999) bestehen die wesentlichen Unterschiede zwischen Wissenschaft und Politik in dem „politischen Entscheidungsprozeß und dem Entstehen wissenschaftlicher Wahrheit“, wobei sich die politische Entscheidung durch ihre demokratische Legitimation begründet – die wissenschaftliche Forschungsarbeit aber auf der Suche nach Wahrheit und Erkenntnis sei. Die Zugrundelegung demokratisch legitimierter (Wahl)Entscheidungen in der Politik bedeute, „daß die Minderheitsposition nicht weiter verfolgt werden muß“, denn die „politische Gestaltung richtet sich nach der Mehrheitsposition“ (139). Demgegenüber sei die Wissenschaft auf die Minderheitsposition angewiesen, denn diese könne Wahrheit in sich bergen und insofern besonderer Diskussion bedürfen. Aus dieser Dichotomie zwischen der Suche nach Erkenntnis und der politischen Entscheidung sowie der damit verbundenen unterschiedlichen Bedeutung von Minderheiten relativ zu Mehrheiten folgert Krupp (1999) einerseits die Notwendigkeit einer unabhängigen Wissenschaft³⁷, „um neuen, von der herrschenden Lehre abweichenden Ansätzen den notwendigen Entfaltungsspielraum zu verschaffen“ (139). Die Grenzen der Politikberatung sieht Krupp (1999) andererseits in der Diskrepanz zwischen der unendlichen Suche nach Wahrheit, denn der „moderne wissenschaftliche Wahrheitsbegriff läßt keine endgültige Wahrheit zu“ (142), und der

³⁶ Das ist in Anlehnung an Adornos Ort der kollidierenden Theorien im wissenschaftlichen Diskurs (Vgl. Fn 47) der Ort der kollidierenden wissenschaftlichen Theorien und politischen Vorstellungen, die mal technokratisch oder dezisionistisch aufeinanderprallen oder pragmatistisch zueinanderfinden *wollen* und *können*.

³⁷ Vgl. Müller (1992), der die Probleme der Unabhängigkeit der Berater unter der Prämisse der Verwobenheit von Politik und Wirtschaft skizziert. Zu diesem Thema siehe auch Krings (1990).

politischen Durchsetzbarkeit wissenschaftlicher Gestaltungsvorschläge, die an demokratische Mehrheitsentscheidungen geknüpft ist.

Neben der generellen Betonung der Unterschiedlichkeit der Subsysteme Wissenschaft und Politik wird in den Beiträgen ein differenzierter Blick auf die Situation der Wissenschaft selbst gerichtet. Die Frage, ob das wissenschaftliche Wissen ausreicht und vor allem angemessen ist, um berechtigterweise als Grundlage wissenschaftlicher Beratung zu dienen, wird von Ökonomen unterschiedlich beantwortet. Schatz (1999) zumindest bemerkt im Zusammenhang mit den Einflußmöglichkeiten wissenschaftlicher Politikberatung im Zeitalter der Massenarbeitslosigkeit: „Die Zweifel nehmen aber auch zu, ob die Wirtschaftswissenschaften Konzepte haben, die für die Politik taugen.“ (150)³⁸

Zweifel an der Angemessenheit ökonomischer Erkenntnis zur Lösung wirtschaftspolitischer Fragen sieht Külp (1992) hingegen nicht. Er zieht sich auf die Position der Sachlichkeit wissenschaftlichen Wissens zurück, da „Sachargumente im Gegensatz zu reinen Interessenargumenten einen von der Weltanschauung des einzelnen unabhängigen und deshalb allgemeingültigen Wahrheitsanspruch besitzen“ (1992:60). Deswegen existierten auch keine Defizite in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und bei der Vermittlung dieses Wissens in die Politik, sondern es entstehe ein echtes Problem erst im Zusammenhang mit der „Tatsache, daß in fast allen entscheidenden und politisch kontroversen Fragen auch die Wissenschaft unterschiedliche und sich widersprechende Aussagen macht“ (1992:55). Eine solche Ausgangslage könne dazu führen, „daß sich die Politiker jeweils Wissenschaftler aussuchen und um eine Beratung bitten, die ihren vorgefaßten Überzeugungen am besten entsprechen“ (1992:55). Nicht das wissenschaftliche Wissen, sondern die mißbräuchliche Verwendung³⁹ durch die Politik wird hier zum Problem wissenschaftlicher Politikberatung. Die Suche nach den Mißbrauch verhindernden Rahmenbedingungen führt u.a. zu dem Vorschlag einer institutionellen Ausgestaltung von Beratungsgremien i. S. ausschließlich wissenschaftlicher Besetzung und des Rechts zur Abgabe von Minderheitenvoten zur Dokumentation des wissenschaftlichen Pluralismus.⁴⁰

³⁸ Schatz (1999) behauptet: „Außerdem sind verschiedene Erklärungen des Geschehens in der Wirtschaft möglich. Es gibt also Paradigmenstreit. Je nach Theorie und Prognose können die wirtschaftspolitisch für angemessen gehaltenen Therapien stark voneinander abweichen.“ (150)

³⁹ Gängiger Vorwurf ist die Ausnutzung wissenschaftlicher Reputation zur Unterstützung eigener politischer Ziele im Kampf um die Gunst der Wählerstimmen. Külp (1992) prägt den Begriff der ‚Alibifunktion‘ wissenschaftlicher Politikberatung für die Politik.

⁴⁰ Zur Diskussion stehen gemischte oder ‚rein wissenschaftliche‘ Beratungsgremien und die Bedeutung von Minderheitenvoten. Für gemischt besetzte Gremien befürchtet Külp, daß „in diesem Falle zwei grundverschiedene Funktionen innerhalb des politischen Willensbildungsprozesses vermischt“ (59) werden. Zur Frage der Minderheitenvoten, vertritt Külp die Position, daß „es von entscheidender Bedeutung [ist], daß Wissenschaftler, die im Beratergremium überstimmt wurden, die Möglichkeit erhalten, ihre Meinung in einem Minderheitenvotum der Öffentlichkeit kundzutun“ (1992:64), denn „[a]uf diese Weise erhält die Öffentlichkeit Kenntnis davon, daß bereits auf der Ebene der Sachargumentation Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind“ (1992:65)

Auch Franz (1998) zieht Schlüsse – wenngleich andere als Külp – zur Besetzung von Beratungsgremien. Der Hinweis auf die Unvollständigkeit des Wissens über ökonomische Zusammenhänge dient ihm sowohl als Ausgangspunkt für seine Argumentation, warum einige Wissenschaftler den Elfenbeinturm nicht verlassen und sich nicht am Beratungsprozeß beteiligen⁴¹, als auch als Grundlage für Franzens eigene Motivation, über den Beratungsprozeß in die Politik eingreifen zu wollen. Die intrinsische Motivation, sich im Beratungsgeschäft zu engagieren, gründet auf der relativen Einigkeit⁴² der Wissenschaftler, denn es „herrscht bezüglich vieler Fragen unter vielen Ökonomen, vielleicht sogar mehrheitlich unter den Ökonomen, eine ungefähre Übereinstimmung.“ (1998:21) Doch auch die „Scharlatanerie“ in der wirtschaftspolitischen Diskussion hindere ihn daran, in den „Elfenbeinturm“ zu flüchten. In diesem Zusammenhang ist Franz' Begründung des Vorschlags, den SVR mit einer einigermaßen homogenen Beratergruppe zu besetzen, zu beachten: „Die Alternative bestünde darin, unterschiedliche Positionen in einen Sachverständigenrat zu berufen. Die deutsche Bundesregierung hat sich weitestgehend dafür entschieden, ein insgesamt halbwegs homogenes Beratungsgremium zu berufen, denn wenn zu verschiedene Extrempositionen vertreten sind, besteht die Gefahr, daß zu viele Minderheitenvoten abgegeben werden und das Gutachten für den Adressaten weitgehend wertlos wird.“ (24) Die Positionen von Franz und Külp zeigen, daß die jeweils unmittelbar eingängigen Argumentationen zu völlig gegensätzlichen Ergebnissen führen.⁴³

Die Bedeutung der Bedingungen wissenschaftlichen Fortschritts in den Wirtschaftswissenschaften wird in fast allen Beiträgen betont, wobei die Ausdifferenzierung der Wissenschaft oder auch die Theorienvielfalt als Garanten wissenschaftlicher Entwicklung genannt werden. Gerade diese Entwicklung ist für die wissenschaftliche Politikberatung besonders zu beachten, weil die Nachfrage nach anwendungsorientierter Information auch den Anspruch wirklichkeitsangemessener Beratung statt Konfrontationen mit realitätsfernen Spezialfällen formuliert, doch die „in der Wissenschaft notwendige Spezialisierung führt immer wieder zu unverhältnismäßigen Betonungen einzelner Themen“ (Krupp, 1995:313).

⁴¹ Der Standpunkt, sich als Wissenschaftler nicht am Beratungsprozeß beteiligen zu können, wird mit der theoretischen Vielfalt und der daraus resultierenden Uneindeutigkeit begründet. So heißt es bei Franz: „Denn unser [der Ökonomen, U.K.] Wissen über ökonomische Zusammenhänge ist unvollständig. Es gibt unterschiedliche Schulen ökonomischen Denkens, die einander zum Teil konfrontativ gegenüberstehen. Ein und derselbe Sachverhalt wird von verschiedenen Ökonomen verschiedentlich gesehen.“ (1998:20-21)

⁴² Diese behauptete relative Einigkeit zu theoretischen Fragen unter den Wirtschaftswissenschaftlern wird in Zusammenhang mit Beratungsproblemen relativ häufig bemüht. Vgl. Frey/Kirchgässner (1994:476). Den umgekehrten Zusammenhang behauptet dagegen Gordon (1995) für die USA.

⁴³ Rothschild (1998) und Hüther (2000) gelangen zu institutionellen Gestaltungsvorschlägen, die sich entweder an der Einrichtung neuer Institutionen, die als Transmissionshilfe zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung in Universitäten und Forschungsinstituten einerseits und ‚in house research‘ der Ministerien und Behörden andererseits dienen sollen (vgl. Rothschild, 1999: 53-54), oder an den bestehenden Ressourcen orientieren, die aber anders genutzt werden sollen. „So kommt es weniger darauf an, ständig neue Beratungsgremien ins Leben zu rufen, als vielmehr darauf, jene angemessen zu nutzen, die bestehen und entsprechend institutionell verankert sind.“ (Hüther, 2000:15)

Die Auswirkungen des Spannungsverhältnisses von Theorienvielfalt und zunehmender wissenschaftlicher Spezialisierung innerhalb einzelner Theorieansätze auf den wissenschaftlichen Beratungsprozeß werden selten problematisiert, obwohl beide Triebkräfte des wissenschaftlichen Fortschritts tendenziell eine Entwicklung fördern, in der kein einzelner Wissenschaftler und kein wissenschaftlicher Berater alle Informationen bis in alle Einzelheiten oder selbst die großen theoretischen Zusammenhänge vermitteln kann.

Ohne dieses problematische Verhältnis zwischen Ausdifferenzierung und Integration hinreichend zu reflektieren, wird in den meisten Erfahrungsberichten zur wissenschaftlichen Politikberatung die These der Objektivität wissenschaftlicher Erkenntnis aufgestellt.⁴⁴ Max Webers Forderungen zur Wertfreiheit der Wissenschaft und Poppers Kritischer Rationalismus begründen demnach wissenschaftstheoretisch die Objektivität sowohl des wissenschaftlichen Diskurses als auch des wissenschaftlichen Beratungsdiskurses. Im Kontext wissenschaftlicher Diskussionen geht es immer wieder um wissenschaftliche Sachfragen, Sachargumente, Sachanalysen und Sachnotwendigkeiten;⁴⁵ die Betonung der Objektivität dient dazu, die Geltung der wissenschaftlichen Aussagen auf dem Beratungsmarkt zu erhalten. „In dem Beziehungsgeflecht, das in der Wirtschaftspolitik herrscht, kann sich wissenschaftliche Beratung auf Dauer nur Geltung verschaffen, wenn sie der Wissenschaft verpflichtet bleibt. Dazu gehört, daß nicht eigenem oder fremdem politischen Werturteil der Anstrich wissenschaftlicher Dignität verliehen wird.“ (Schatz, 1999:150)

Kirchgässner (1996) verweist in diesem Zusammenhang auf die institutionelle Ausgestaltung des Wissenschaftsbetriebs, der trotz selbstinteressierter Wissenschaftler „objektive wissenschaftliche Ergebnisse möglich“ (37) mache. Unabhängig vom Eigeninteresse der Wissenschaftler an Einkommensmaximierung, größerer Reputation oder Steigerung von Macht und Einfluß wird unter Berufung auf Popper die Irrelevanz der individuellen Motivationen und Interessen der beteiligten Akteure für die wissenschaftliche Objektivität begründet, denn demnach sei es ein Irrtum, daß die Objektivität der Wissenschaft von der Objektivität der einzelnen Wissenschaftler abhängt (Vgl. 1962:112). Insofern ist das Eigeninteresse des Wissenschaftlers von der Objektivität der Wissenschaft zu trennen und schafft damit die Legitimationsbasis für die Übertragung des ökonomischen Verhaltensmodells auf den Wissenschaftler.⁴⁶ Diese Argumente implizieren letztlich, daß die

⁴⁴ In Anlehnung an die These, daß naturwissenschaftliche Erkenntnis objektiv sei, versteht Karl Popper unter objektiver Erkenntnis eine „Erkenntnis ohne erkennendes Subjekt“ (1962:112).

⁴⁵ Kritisch bemerkt Priddat (1999) dazu: „Da Ökonomen damit rechnen können, daß die Politik Politik macht, d.h. ökonomische Beratungen nicht ‚korrekt‘ übersetzt werden, können sie immer darauf verweisen, daß ihre ‚richtigen‘ Vorschläge ja nicht akzeptiert oder nur sehr verbogen akzeptiert wurden, so daß sie für die Folgen nicht verantwortlich sein können. Im Wissen um diese Struktur kann man die Fiktion einer sachlichen Ökonomie aufrechterhalten“ (153).

⁴⁶ Vgl. die Ansätze der Neuen Politischen Ökonomie: Kirchgässner (1988), Frey/Kirchgässner (1994), Kirsch (1993). René Frey (1996) formuliert hingegen mit dem expliziten Verweis auf Max Webers Trennung von

wissenschaftliche Objektivität nicht durch das Handeln des Wissenschaftlers gefährdet sein kann und legen den Schluß nahe, daß jede Gefährdung der wissenschaftlichen Objektivität von wissenschaftsexternen Bereichen ausgehen.

Daß wissenschaftliche Objektivität im Politikberatungsprozeß anderen Einflüssen und Gefährdungen ausgesetzt ist als die wissenschaftliche Objektivität im wissenschaftlichen Diskurs, gerät allerdings selten in den Blick. Tichy (1998) stellt insofern eine Ausnahme dar, wenn er Poppers Auffassung von Wissenschaft „als soziale Angelegenheit der gegenseitigen Kritik“ (Popper, 1975:112) auf den wissenschaftlichen Beratungsprozeß ausdehnt: „Gerade die umfassende Diskussion der Gegenargumente, die Diskussion darüber, warum das eine zu empfehlen und das andere abzulehnen ist, ist der wichtigste Teil einer Beratung bzw. eines Gutachtens.“ (1998:75)⁴⁷

Auch Krupp geht (1995:312) entscheidend über die referierten Positionen hinaus, indem er die Fragen stellt: „Enthalten wissenschaftliche Aussagen in der Politikberatung tatsächlich keine normativen Sätze?“ und „Sind in unserem politischen System solche ‚technokratischen‘ Sätze, die sich auf Sachzusammenhänge beschränken, in der Politikberatung verwendbar?“ Damit stellt er die entscheidende Frage: ob nämlich wissenschaftliche Objektivität im wissenschaftlichen Beratungsprozeß überhaupt existieren kann. Die Antwort kann in der Erkenntnis liegen, daß die „in der Realität stattfindende Diskussion nicht zwischen empirischen und normativen Sätzen trennt“ (312-313), und damit weiterführende Fragen zu Kommunikationsproblemen im Rahmen wissenschaftlicher Politikberatung aufwerfen. Die Analyse des Beratungsprozesses kann unter der kommunikationsorientierten Fragestellung erfolgen: Wie transformiert sich wissenschaftliches Wissen in politische Konzepte? Sind die verschiedenen Vermittlungsstadien im Beratungsprozeß analysiert, könnten möglicherweise Hypothesen, welche Dialogblockaden zwischen Wissenschaft und Politik existieren, warum sich bestimmte Ideen in konkrete Politik umsetzen und andere eben nicht usw., aufgestellt werden. Die von Krupp (1999) formulierte Diskrepanz zwischen dem Anspruch an wissenschaftliches Sprechen im Beratungsprozeß und der konkreten Beratungssituation ist das Niemandsland⁴⁸, welches auch weiterhin als Feld wissenschaftlicher Politikberatung

wissenschaftlicher Erkenntnis und Beiträgen zur politischen Gestaltung für das Verhalten der beratenden Wissenschaftler: „Ökonomen dürfen so gesehen in ihrer Rolle als wissenschaftlicher Berater keine Eigen- oder Gruppeninteressen vertreten“ (10).

⁴⁷ So erweist sich die Berufung der Wirtschaftswissenschaften auf Max Weber und Karl Popper als fatal, wenn die Bedeutung ihrer wissenschaftstheoretischen Aussagen sowohl im wissenschaftlichen Diskurs als auch im wissenschaftlichen Beratungsdiskurs bzw. wirtschaftspolitischen Diskurs nicht (dialektisch) aufeinander bezogen werden. Daraus droht die Fiktion zu entstehen, daß Wirtschaftswissenschaftler trotz ihres Eigeninteresses objektiv sind, weil die Wirtschaftswissenschaft objektiv zu sein hat, während keine Kriterien und Verfahren existieren, die selbstinteressiertes Handeln von wissenschaftlichem Handeln der einzelnen Akteure unterscheidbar machen könnten.

⁴⁸ Dieses „Niemandsland des Gedankens“, wie Adorno (1975:10) den Ort kollidierender wissenschaftlicher Positionen im sogenannten Positivismusstreit der Soziologie nennt ragt aber auch in den wissenschaftlichen Beratungsdiskurs hinein, d.h. wissenschaftliches und nicht wissenschaftliches Sprechen konstituieren den

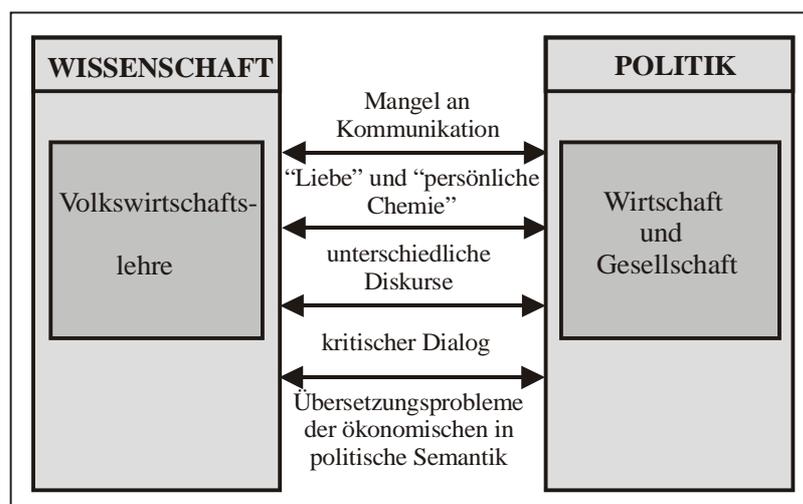
beackert werden sollte, wenn die Wirtschaftswissenschaften ihren Einfluß auf die Politik auch künftig erhalten wollen.

3.2. Vom Beratungsmarktversagen zum wissenschaftlichen Politikberatungsdiskurs

Auch wenn das Reflexionsniveau der einzelnen Beiträge der beratungserfahrenen Ökonomen variiert, kann m.E. der Beobachtung Schumanns (1991) nach wie vor zugestimmt werden, wenn es um die theoretische Wahrnehmung der problemadäquaten Kommunikation zwischen Ökonomie und Politik geht: „Wie in der Ökonomie und der Rechtswissenschaft bleiben Reflexionen über sprachliche Bedingungen des Sinnes untersuchter Objekte wie auch der eigenen Fachsprache, meist in Form des Erbauungsessays oder des Festvortrages, selten in der Form des empirischen Handwerks, und wenn, dann doch als Hobby-Gärtners Orchideenbeet.“ (1991:14)

Und dennoch: Ökonomen, die diesen Weg gehen, nehmen Abstand von der Annahme, daß intensiver Beratungswettbewerb alle Probleme wissenschaftlicher Politikberatung lösen kann, und gehen statt dessen von der Vorstellung eines komplexen Kommunikationsprozesses zwischen Wissenschaft und Politik aus. Damit stellen sie die Fragen nach der geeigneten Präsentation und Geltung wissenschaftlichen Wissens im Beratungsprozeß sowie nach der Transformation wissenschaftlicher Erkenntnis über die Realität in wissenschaftliches Wissen zur Gestaltung dieser Realität ins Zentrum des Interesses.

Abbildung 6: *Wissenschaftliche Politikberatung als Kommunikationsprozeß zwischen Wissenschaft und Politik*



Eigene schematische Darstellung

In diesem Sinne ‚grenzüberschreitender‘ und damit weitreichender für eine kommunikationstheoretische Betrachtung wissenschaftlicher Politikberatung beschreiben Priddat (1999) und Rothschild (1998) Übersetzungsprobleme und Dialogblockaden im wissenschaftlichen Beratungsdiskurs. Priddat (1999) definiert wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung als Übersetzungsleistung zwischen Wissenschaft und Politik.⁴⁹ Die Politikberatung versteht Priddat als Versuch, Wissensasymmetrien durch die kommunikative Überwindung der systematischen Differenz zwischen der Welt der Ökonomie und der Welt der Politik aufzulösen.⁵⁰ Für Rothschild (1998) beruhen die Beratungsprobleme „zum Teil auf Missverständnissen bezüglich der Rolle und des Rollenverständnisses der beiden Parteien [ökonomische Experten und Politiker, U.K.], zum Teil auf Kommunikationsschwierigkeiten“ (47)⁵¹. Nicht der Ökonom als Experte und der Politiker als Laie treffen aufeinander, sondern „*spezialisierte Experten*, die Wege finden müssen, in einem Teamgeist aufeinander zuzugehen, um *gemeinsam* ihr Spezialwissen einzubringen“ (1998:48, Hervorheb. i. O.). Die unterschiedlichen Rollen von Ökonomen und Politikern entwickelt Rothschild nach den jeweiligen Spezialisierungen innerhalb der Bereiche Wissenschaft und Politik, d.h. im Sinne der Theorieverbundenheit und damit Erklärungsorientierung der Wissenschaft einerseits und im Sinne der Handlungsorientierung der Politik andererseits.

Diese Unterschiedlichkeit (wirtschafts-)wissenschaftlicher und politischer Diskurse setzt sich nach Meinung von Priddat (1999) darin fort, daß die ökonomischen Aussagen im politischen Diskurs als Meinungen wie andere Meinungen gelten. Die Übersetzungsleistung einer erfolgreichen Politikberatung muß sowohl die eigene Durchsetzungsfähigkeit als auch ihre Realisierungspotentiale beachten. Für die Verfolgung einer erfolgreichen Beratungsstrategie durch Ökonomen und Ökonominen ist aber entscheidend, daß Aussagen über die Kausalitäten der theoretischen und politischen Diskurse „sich die Ökonomie nur von den Kommunikationswissenschaften besorgen kann, da sie dafür gar keine Theorie hat“ (1999:152). Damit ist für Priddat aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive klar, daß die

wissenschaftlichen Sprechen im Kommunikationprozeß entscheidend.

⁴⁹ Interdisziplinäre Anknüpfungsmöglichkeiten für Priddats Überlegungen zu Übersetzungsproblemen zwischen Wissenschaft und Politik bietet die zeichenkritische Analyse zur politischen Kommunikation und Konfliktmoderation in demokratischen Gesellschaften von Blühdorn (1995).

⁵⁰ Während Politiker in „Machtspielen“ arbeiten, präferieren Ökonomen „rationale Spiele“, wobei Priddat (1999) ‚Spiele‘ im Sinne von Sprachspielen und nicht im Sinne der Spieltheorie verwendet. So entwickeln Ökonomen und Politiker „Perspektiven über die ‚Welt‘, die sich nicht selbstverständlich decken“ (151). Vgl. auch Meier/Mettler (1988), die nach kritischer Auseinandersetzung mit den Ansätzen der neuen politischen Ökonomie für eine kommunikative Überwindung kognitiver Dissonanzen zwischen Wissenschaft und Politik plädieren. Wulffen (1996) dagegen betrachtet aus institutionenökonomischer Perspektive wissenschaftliche Politikberatung als Problem asymmetrischer Informationsverteilung und nicht als Problem der kommunikativen Wissensvermittlung.

⁵¹ Offensichtlich unterteilt Rothschild die Probleme nach den verschiedenen Rollen der Akteure und verschiedenen Dialogblockaden. Aus kommunikationstheoretischer Sicht sind die Sender, Adressaten und der kommunizierte Text sowohl auf der Inhaltsebene als auch auf der Beziehungsebene des Kommunikationsprozesses zu analysieren. Vgl. Burkart (1995).

Ökonomen die Realisierungspotentiale in ihre Beratungsstrategien einbeziehen sollen, aber für „die Beratung der Strategien der Durchsetzung der Beratungsvorschläge – für die Politik der Politik – sind Ökonomen nicht besonders qualifiziert; das ist weder ihr Metier noch Teil ihrer Wissenschaft.“ (1999:152-153) Die zu Beginn des Abschnitts erwähnte persönliche Beziehung zwischen wirtschaftspolitischem Berater und wirtschaftspolitisch Beratenem als Garantin erfolgreicher Politikberatung versucht genau dieses theoretische Dilemma in der Praxis zu kompensieren. Innerhalb der Akteursbeziehung manifestieren sich einerseits und kommunizieren sich andererseits die bestehenden politischen Machtkonstellationen, die Überzeugungsarbeit, Glaubwürdigkeit und Akzeptanz und damit die Realisierungspotentiale der Beratung. Ohne genau analysieren zu können, was eine erfolgreiche Beratung ausmacht, ist dann die ‚persönliche Chemie‘ (Rothschild, 1998) oder gar ‚Liebe‘ (Tichy, 1999) zwischen den Wissenschaftlern und Politikern die Beschreibung für dieses Phänomen. Das Fehlen ökonomischer Theorien zur Erklärung und Gestaltung des Beratungsprozesses führe – so Priddat – dazu, daß entweder das Nichtverstehen zwischen Politik und Wissenschaft weiterhin als Zustandsbeschreibung der Politikberatung diene oder die Einbettung ökonomischer Vorschläge, die aus ökonomischen Theorien hergeleitet sind, in politikrelevante Konstellationen zufällig erfolge (vgl. 1999:153).

Diese Erkenntnis provoziert Priddat zufolge Verhaltensänderungen in puncto Politikberatung seitens der Ökonomen. Die nachfrageorientierte Variante⁵² der Politikberatung zielt darauf ab, daß Ökonomen ihre Konzepte in verständlichen „Metaphern“ formulieren und nicht auf ihrer eigenen „Semantik beharren“ bzw. versuchen, „Nichtökonomien in ein Sprachlernprogramm ‚Ökonomie‘“ (1999:154) hineinzuzwingen. Dabei zielt Priddat nicht auf eine populärwissenschaftliche Formulierung ökonomischer Erkenntnisse ab, sondern setzt zur Lösung der Probleme wissenschaftlicher Politikberatung auf die sprachlichen Kompetenzen der Ökonomen, die einer polyglotten Schulung harren, um letztlich ihren wirtschaftspolitischen Ratschlägen die notwendige Kontextsensibilität innerhalb des Beratungsprozesses zu verleihen.⁵³

Auch Rothschild (1998) hält es für den gemeinsamen und fruchtbaren Dialog für unerlässlich, daß beratende Ökonomen und beratene Politiker über den eigenen systemischen Horizont hinausgehen und letztlich versuchen näherungsweise, die jeweils andere Perspektive einzunehmen, um damit die Basis für eine verständigungsorientierte Ausrichtung des

⁵² Priddats „angebotsorientierte Variante der Politikberatung“ (1999:154) beruht weitestgehend auf der Aufrechterhaltung der bisherigen Beratungspraxis mit dem Unterschied, daß die Ökonomen die „systematische Eigenständigkeit der Politikprozesse“ (1999:154) anerkennen.

⁵³ Wenn Jens (2001) auf Priddats Vorschläge (2001) in *Die Zeit* mit dem Vorwurf des „Verwaschens ökonomischer Erkenntnis“ reagiert und für die Verwendung der reinen ökonomischen Methode plädiert, hat er nicht die Heterogenität der Problemlagen bezüglich des Verhältnisses verschiedener ökonomischer Denkschulen, bezüglich des Verhältnisses zwischen Wirtschaftstheorie und theoretischer Wirtschaftspolitik und nicht zuletzt bezüglich des Vermittlungsprozesses ökonomischer Erkenntnis in wirtschaftspolitische Gestaltungsvorschläge im Blick.

Beratungsprozesses zu legen. Dieses gegenseitige Begreifen und Akzeptieren der unterschiedlichen Rollen der Politiker und Wissenschaftler muß darüberhinaus „aber auch von einem effizienten Kommunikationsprozess begleitet sein“ (1998:49). Rothschilds Vorstellung von effizienter Kommunikation orientiert sich an einer erfolgreichen Einbindung ökonomischen Wissens in die Überlegungen der politischen Entscheidungsträger. Dabei ist seiner Meinung nach die „geeignete Präsentation der Analysen und Vorschläge entscheidend“ (1998:49), die aber als Sprachproblem in mehrfacher Hinsicht erkannt wird: „So nützlich Fachsprachen mit ihren genau abgegrenzten Definitionen für den theoretischen Diskurs sind, so wenig geeignet sind sie, wenn es darum geht, komplizierte ökonomische Zusammenhänge klar, einsichtig und problemadäquat dem Nichtfachmann zu präsentieren.“ (1998:49)

Sowohl die Klärung der unterschiedlichen Rollen der Wissenschaftler und Politiker als auch das Bestreben der gedanklichen Durchdringung des anderen Standpunktes im Beratungsprozeß selbst, aber auch die Probleme der Übersetzungsleistung der wissenschaftlichen Fachsprachen in politische Sprache, werden als entscheidende Aspekte eines erfolgreichen Beratungsprozesses zwischen Wissenschaft und Politik identifiziert. Zur Lösung dieser Aufgaben schlägt Rothschild die „Einrichtung von Kommunikationsbrücken“ (1998:50) als institutionelle Maßnahme zur effizienteren Gestaltung der Kommunikation vor. Letztlich soll der institutionell geregelte Beratungsprozeß „kontinuierliche Kontakte und einen kontinuierlichen Diskurs“ (54) ermöglichen, um auf die ökonomischen und politischen Entwicklungen problemadäquat reagieren zu können.⁵⁴

In ihrer Problemdiagnose wissenschaftlicher Politikberatung fokussieren beide Ökonomen verschiedene Kommunikationsprobleme und versuchen diese in nicht-ökonomischer Terminologie zu erfassen. Die unterschiedlichen Rollen der Ökonomen und Politiker, geprägt durch die verschiedenen Welten der Politik und der Wissenschaft, sowie die unterschiedlichen Fachsprachen behindern eine erfolgreiche Politikberatung entscheidend. Mit diesen Hinweisen werden Rothschilds und Priddats Beiträge selbst zu ‚Kommunikationsbrücken‘ – aber hier in der theoretischen Diskussion um wissenschaftliche Politikberatung –, um mit Ökonomen und Ökonominen in einen Dialog über Kommunikationsprobleme zu treten.⁵⁵

⁵⁴ Auch Hüther (2000:15) differenziert die Anforderungen an diesen wirtschaftspolitischen Diskurs zwischen „politischer und sachlicher Logik, Realität und Ideal“ dahingehend, daß erstens „der Druck auf die Berater erhöht werden [muß], die normative Basis ihrer Empfehlungen transparent zu machen“, und zweitens „ein Mechanismus gefunden werden [muß], der dazu führt, daß die Nutzung der eingeholten Beratungsleistung evaluiert wird“. Dies soll bei dem Politiker durch den „Zwang, über die Beratungsergebnisse zumindest ernsthaft zu diskutieren“, und bei den „[u]nabhängige[n] Gutachtern mit dem Zwang zur Diskussion alternativer Ansätze und Modelle“ erreicht werden.

⁵⁵ Nicht nur die Ökonomik und die Politik bedienen sich ihrer spezifischen ‚Fachsprachen‘, auch innerhalb der Wissenschaft stehen sich die Disziplinen oft schweigend gegenüber, wenn nicht innerwissenschaftliche Übersetzungsleistungen die tradierten Disziplingrenzen und die Grenzen der heterogenen Wissenschaftssprachen überwinden. Damit ist ein interdisziplinärer Ansatz wissenschaftlicher Politikberatung doppelt gefordert, sowohl

Die exemplarisch dokumentierten Beratungserfahrungen bekannter Ökonomen dienen also dazu, ins Gespräch zu kommen, weil die selbstdiagnostizierten Beratungsprobleme an die konkrete Erfahrungswirklichkeit der Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen anknüpfen und diese dann – über die Disziplingrenzen hinweg – in eine kommunikationstheoretisch orientierte Betrachtung zu transformieren. Die von Frey (2000) aufgezeigten Einflußmöglichkeiten (vgl. Abb. 1) der Wirtschaftswissenschaften werden nun aus einer kommunikationstheoretischen Perspektive dahingehend modifiziert, daß die wissenschaftliche Erkenntnis (Ideen) zum Inhalt der wirtschaftspolitischen Kommunikation wird, der sich im Rahmen der wissenschaftlichen Politikberatung erfolgreich oder weniger erfolgreich vermitteln läßt. Genau dieser Kommunikationsprozeß der Wissenstransformation und die auftretenden Dialogblockaden werden zum Gegenstand einer kommunikationstheoretischen Betrachtung – und nicht die Quantität der Publikationen und Zitationen oder die Anzahl der Wirtschaftswissenschaftler in wirtschaftspolitisch bedeutsamen Institutionen.

Eine kommunikationsorientierte Analyse sollte das Niemandsland zwischen Wissenschaft und Politik betrachten und das Verhältnis zwischen wissenschaftlicher Ausdifferenzierung der Disziplinen, der Generierung anwendungsorientierter Erkenntnis und dem konstatierten mangelnden Einfluß wissenschaftlicher Beratung der Wirtschaftspolitik erfassen. Das Ziel der Betrachtung besteht darin, mögliche Dialogblockaden zwischen Wissenschaft und Politik zu analysieren und Anforderungen an eine erfolgreiche Politikberatung zu formulieren, d.h. sich von der Frage leiten zu lassen: Welche Formen wissenschaftlicher Politikberatung können – indem sie den Kommunikationsprozeß in den Mittelpunkt stellen – sowohl zur Lösung wirtschaftspolitischer Probleme beitragen als auch dem Anspruch demokratisch verfaßter Wissensgesellschaften genügen?

4. Von der disziplinären Offenheit zum interdisziplinären Dialog:

Ein Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs

„Ein sogenanntes wissenschaftliches Fach ist nur ein abgegrenztes und konstruiertes Konglomerat von Problemen und Lösungsversuchen. Was es aber wirklich gibt, das sind die Probleme und die wissenschaftlichen Traditionen.“ (Popper, 1975:108)

Diese Forschungsaufgabe entspringt einer gegenstandsbezogenen Auffassung von Interdisziplinarität und damit einer anderen als der von Frey (1995) im Zusammenhang mit den Public Choice-Ansätzen formulierten. Nicht die Diffusion einer Methode in andere

die Übersetzungsprobleme zwischen Wissenschaft und Politik zu analysieren als auch die Übersetzungsprobleme zwischen den beteiligten Disziplinen innerhalb der Analyse selbst zu lösen.

Disziplinen wird als befriedigende Lösung des Problems wissenschaftlicher Politikberatung betrachtet, sondern eine tatsächlich interdisziplinäre Perspektive, welche eine problemadäquate Analyse wissenschaftlicher Politikberatung über die tradierten Disziplingrenzen hinweg anstrebt.⁵⁶

Letztlich wird in diesem Beitrag davon ausgegangen, daß ein Modell wissenschaftlicher Politikberatung als Forschungsprojekt über die Disziplingrenzen hinweg als Gegenbewegung zur zunehmenden Ausdifferenzierung der wissenschaftlichen Disziplinen versuchen sollte, fragmentiertes wissenschaftliches Wissen zu nutzen, um den Einfluß der Wissenschaft allgemein auf gesellschaftliche Prozesse zu gewährleisten.⁵⁷ Es steht die Suche nach einer „der vorherrschenden Differenzierungsstrategie gleichwertigen Reintegrationsstrategie“ (Ropohl, 1988:360) an. Doch ebenso wie nur geringe Anreize für anwendungsorientierte Forschung innerhalb der Volkswirtschaftslehre existieren, ist „Interdisziplinarität im Sinne eines problemorientierten, durch übergeordnete Fragen des Handelns, des Gestaltens oder des guten Lebens erzwungenen Zusammenschaltens von Disziplinen ... in der Universitätswissenschaft so gut wie nicht“ (Lenk, 1994:36) existent. Einen ersten Schritt in diese Richtung – aus volkswirtschaftlicher Perspektive – könnte die Integration kommunikations- und diskurstheoretischer Verfahren zur Analyse der Probleme wissenschaftlicher Politikberatung darstellen, wobei ausdrücklich eine Einbindung wirtschaftspolitischer Modellvorstellungen angestrebt wird.⁵⁸ Das bedeutet einerseits, Freys „Einschätzung aus persönlicher Sicht“ (2000:21) und die „Reminiszenzen und Reflexionen“ von Franz (2000:53), aber auch die referierten Beiträge von Rothschild (1998) und Priddat (1999) als wichtige Aspekte des Beratungsprozesses aufzunehmen, und andererseits zu versuchen, nach wissenschaftlichen Lösungen des Problems wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung im Rahmen wirtschaftspolitischer Ansätze zu suchen.

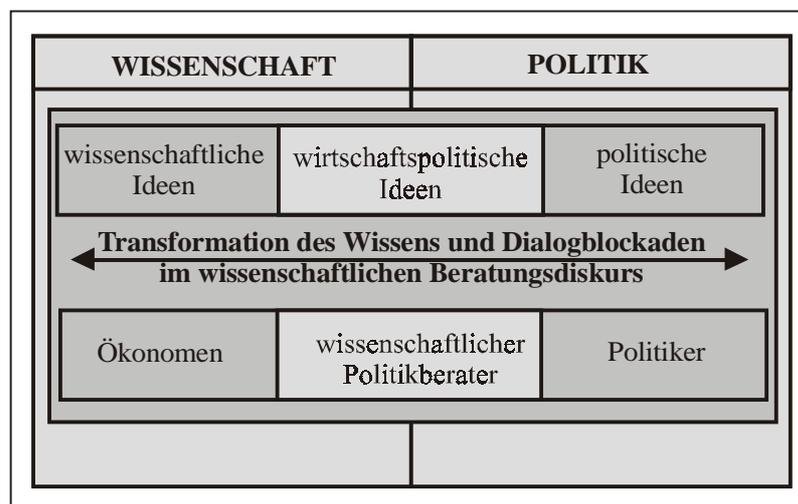
⁵⁶ Zur Frage der Interdisziplinarität schreibt Wallner: „Es gibt verschiedene Methoden interdisziplinär zu handeln. Dabei ist es wünschenswert, die philosophische Methode zu pflegen, da wir in der Philosophie die Möglichkeit haben, offene Methodendiskussionen zu führen. Das bedeutet, daß wir uns nicht auf die Hypothek einlassen müssen, etwas bereits unter dem Gesichtspunkt eines bestimmten Methodeninventars zu erforschen. Denn wenn man sich auf ein bestimmtes Methodeninventar festlegt, sind die Antworten ebenfalls schon festgelegt.“ (1992:13)

⁵⁷ Auch anwendungsorientierte interdisziplinäre Forschung wie sie Lompe (1981) beschreibt steht vor ganz eigenen Problemen. „Es geht dabei um Formen praktisch orientierter interdisziplinärer Wissenschaft, bei denen der Tatsache Rechnung getragen wird, daß der Spezialisierungsprozeß von Wissenschaft und Praxis nicht gleichartig verläuft und die verantwortlichen politischen Instanzen meist vor Entscheidungskomplexen bzw. Problemen stehen, deren Voraussetzung bzw. Lösung die Kompetenz einzelner Wissenschaftszweige übersteigt. Die Probleme der Diskrepanz zwischen historisch gewachsenen Kompetenzabgrenzungen der einzelnen Disziplinen und den Problemstellungen der Praxis werden dabei bisher meist durch die Monopolisierung praktischer Problemfelder durch Einzeldisziplinen zu ‚lösen‘ versucht.“ (1981:46)

⁵⁸ Um Mißverständnissen entgegenzuwirken: Nicht die Einführung diskursiver Verfahren im Sinne akzeptanzschaffender Konfliktregulierung wie beispielsweise in der Umweltökonomik ist das Anliegen dieses Beitrags, sondern die Untersuchung konkreter Dialogblockaden zwischen Wirtschaftswissenschaften und Politik mittels kommunikationstheoretischer Methoden. Der „linguistic turn“ und die pragmatische Wende in anderen Disziplinen soll mit diesem Beitrag auch die Wirtschaftswissenschaften erreichen.

Nicht die Ökonomik der Kommunikation könnte die konkreten Probleme wissenschaftlicher Politikberatung tiefergehend erklären und lösen – aber die Betrachtung der wissenschaftlichen Politikberatung aus kommunikationstheoretischer Sicht kann einen Beitrag leisten, die Dialogblockaden zwischen Volkswirtschaftslehre und Politik systematisch zu durchdringen, indem auf der Inhaltsebene nach Übersetzungsproblemen zwischen wirtschaftswissenschaftlichem und politischem Wissen und auf der Beziehungsebene nach Verständigungsproblemen zwischen Wissenschaftler und Politiker gefragt wird. Die teilweise widersprüchlichen⁵⁹, vor allen Dingen aber unverknüpft nebeneinander stehenden Argumente innerhalb der verschiedenen Diskurse könnten mittels eines diskursiven Modells⁶⁰ intertextuell aufeinander bezogen werden.

Abbildung 7: Ein Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs



Eigene schematische Darstellung

Die kommunikationstheoretisch fundierte Analyse von Dialogblockaden zwischen Wissenschaft und Politik, verstanden als gescheiterter Versuch der wissenschaftlichen Wissensvermittlung, erfordert sowohl eine Analyse des wissenschaftlichen Wissenstextes als

⁵⁹ Beispielsweise der Vorschlag von Apolte/Wilke (1998) an die Wissenschaft, sich gleicher Strategien wie die Interessensgruppen zu bedienen, um wissenschaftliches Wissen der politischen Öffentlichkeit zu präsentieren, obwohl diese Öffentlichkeit – nach der Analyse von Apolte/Wilke – eben dieses Wissen als irrelevant einschätzt (vgl. Abschnitt 2 dieses Beitrags).

⁶⁰ Dabei wird im Gegensatz zu Frey/Kirchgässner (1993) und Bohnet (1997) nicht auf die ideale Sprechsituation von Habermas als Möglichkeit zur Überwindung von Dialogblockaden innerhalb der ökonomischen Analyse der Entscheidungssituationen rekuriert. Nach Bubner (1976) sind es gerade „die *idealen* Bedingungen, die den Dialog zur *praktischen Aufklärung untauglich* machen.“ (233, Hervorheb. i. O.) Es geht um eine kommunikationstheoretische (semiotisch) fundierte Textanalyse innerhalb des Modells wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs, das die Verfahren der Dialogizität der Texte von Bachtin, der Intertextualität von Kristeva und die Ideen Lotmans zur Struktur natürlicher und sekundär abgeleiteter Sprachen integriert. [Die Übersetzungsleistung für Ökonomen und Nicht-Ökonomen muß auf eine ausführlichere Präsentation des Modells wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs verschoben werden; U.K.]

auch des Sprechenden selbst. Den entscheidenden Hinweis, daß die Unterscheidung von wissenschaftlichem und unwissenschaftlichem Wissen nicht direkt mit dem Status der formulierenden Instanz korreliert, gibt wiederum Frey (2000:9): „Der Einfluss ökonomischer Ideen und von Ökonomen unterscheidet sich: Ökonomische Ideen können auch durch NichtökonomInnen vorgebracht werden, und Ökonomen können auch (und tun dies auch häufig) nichtökonomische Ideen vertreten.“ Das grundlegende Spannungsverhältnis zwischen Wissenschaft und Politik bereitet der wissenschaftlichen Politikberatung als ‚Grenzgängerin zwischen zwei Welten‘ wie von Rothschild (1998) und Priddat (1999) beschrieben, schon (Kommunikations-)Probleme genug. Eine zusätzliche inhaltliche und funktionale Diskrepanz zwischen Textproduzenten und Textproduktion ist eine weitere Quelle der Verhinderung erfolgreicher wissenschaftlicher Politikberatung als kommunikativer Prozeß⁶¹, weil das Erkennen und Einordnen des Sprechers und des Gesprochenen nach dem gängigen Muster – der Wissenschaftler spricht immer wissenschaftlich, natürlich auch im Beratungsprozeß, – eben nicht funktioniert. Die Analyse dieses Problems macht eine Trennung zwischen Sprecher und Gesprochenem notwendig und integriert damit das Phänomen, daß Wissenschaftler nicht nur wissenschaftlich sprechen können und gerade innerhalb des Beratungsdiskurses ganz besonders der Gefahr ausgesetzt sind, durch ihre konkrete Sprechverwendung ihre Rolle zu wechseln – doch die methodologische Blindheit der Wirtschaftswissenschaften verhindert, diesem Chamäleon-Phänomen auf die Spur zu kommen. Damit bleibt der Einfluß ökonomischer Erkenntnis der „Liebe zwischen Politiker und Berater“ (Tichy, 1998), der „persönlichen Chemie“ (Rothschild, 1998) oder gänzlich dem Zufall überlassen (vgl. Priddat, 1999:153).

Gerade der beharrliche Verweis der Wirtschaftswissenschaftler und Wirtschaftswissenschaftlerinnen auf ihre wissenschaftliche Verpflichtung im Sinne von Max Webers Wertfreiheitspostulat hilft im Rahmen der wissenschaftlichen Politikberatung aber nur insofern weiter, als die Ökonominnen und Ökonomen damit formulieren, was sie eben als wissenschaftlich Tätige tun *sollen*, aber ob sie es im Rahmen der wissenschaftlichen Politikberatung auch wirklich *können*, auch wenn sie es – unter Umständen – *wollen*, gehört zu den großen Fragen zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik, die nach wie vor einer Klärung harren.

Eine Reformulierung der Modelle wissenschaftlicher Politikberatung im Zeitalter der demokratisch verfaßten Wissensgesellschaften verbindet die wissenschaftlichen Traditionen Max Webers, Poppers, Kuhns mit den gestiegenen Anforderungen an eine dialogische

⁶¹ Bohnet (1997) verbindet in ihrer Analyse die ‚sprachlose Ökonomie‘ mit der ‚ökonomielosen Sprache‘ innerhalb der ökonomischen Theorie der Politik. Die high-cost- und low-cost-Problematik für die Verfolgung eigener Interessen in Entscheidungssituationen erfordert – nach Bohnet – Kommunikation, die zwischen Identifikation und Gespräch unterscheidet: „Kommunikation besteht aus zwei Komponenten, die in unterschiedlichen Entscheidungssituationen von unterschiedlicher Bedeutung sind – der Identifikation und dem Gespräch bzw. dem Sprechen.“ (20)

Rationalität im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Politik bzw. zwischen Theorie und Ideologie in einem Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs.

Diesen Argumenten folgend ergibt sich die Notwendigkeit eines interdisziplinären Forschungsprojektes mit dem Ziel, Kommunikation und Dialogblockaden in der wissenschaftlichen Politikberatung zu analysieren. Der Versuch, ein Verfahren zu entwickeln, das – entgegen der zunehmenden disziplinären wie innerdisziplinären Ausdifferenzierung – wirtschaftswissenschaftliches, kommunikations- und diskurstheoretisches sowie wissenschaftstheoretisches Wissen zusammenführt (institutionell gesprochen: die Synergieeffekte universitärer Forschung bündelt), steht im Mittelpunkt desselben. Ein *Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs* analysiert das Verhältnis von wirtschaftstheoretischen und politischen Diskursen, aber zudem die Besonderheiten des wirtschaftspolitischen Beratungsdiskurses selbst. Ein interdiskursives Verfahren⁶² der wissenschaftlichen Politikberatung soll zweiseitig wirken können: Indem es einerseits den wissenschaftlichen Kriterien der Beratung in demokratisch verfaßten Wissensgesellschaften genügt, kann es andererseits in den wissenschaftlichen Diskurs zurückwirken und dort den notwendigen kritischen Dialog der Erkenntnisgenerierung in der Tradition Webers und Poppers erhalten. Ein Konzept der „dialogischen Rationalität“⁶³ beachtet zwei Aspekte kommunikativer Prozesse, die in den Texten und in der Textumgebung die Kommunikation bestimmen: die Übersetzungsprobleme ökonomischer Erkenntnis in politisches Gestaltungswissen (Inhaltsebene) und das Verhältnis von Wissenschaft und Politik als Bereiche der Textproduktion und Textrezeption, welche die Formulierung und Interpretation wirtschaftspolitischer Konzepte prägen (Beziehungsebene).⁶⁴

Damit versucht das Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschaftspolitischer Diskurs, die Grenzgängerin wissenschaftliche Politikberatung unter Anerkennung der verschiedenen Welten der (Wirtschafts-)Wissenschaft und Politik bzw. der ökonomischen

⁶² Das interdiskursive Verfahren versucht über den intratheoretisch konzipierten offenen Dialog Poppers hinauszugehen und die Rolle der Kommunikation im Anschluß an Kuhn (1969) zu reflektieren. Kuhn schreibt in „Bemerkungen zu meinen Kritikern“ zum Problem der neutralen Wissenschaftssprache (1993:257): „Sir Karl [Popper; U.K.] nimmt es als selbstverständlich an, daß diejenigen, die konkurrierende Theorien vertreten, sich einer neutralen Sprache bedienen, die dem Vergleich solcher Beobachtungsberichte adäquat ist. Dies möchte ich jedoch bestreiten. Habe ich recht, so ist der Ausdruck ‚Wahrheit‘, ebenso wie der andere ‚Beweis‘, nur für den intra-theoretischen Gebrauch geeignet. Solange das Problem einer neutralen Sprache für Beobachtungen nicht gelöst ist, wird die Lebensdauer der Konfusion durch diejenigen verlängert, die [...] darauf hinweisen, daß dieser Terminus regulär gebraucht wird; als ob die Übertragung von intra-theoretischen Zusammenhängen auf inter-theoretische Bezüge gar nichts ausmache.“

⁶³ Die Idee der dialogischen Rationalität methodisch in das Modell wissenschaftlicher Politikberatung als wirtschafts-politischer Diskurs zu integrieren bedeutet, die dialogische Rationalität als normative Basis in die Diskursanalyse aufzunehmen. Anders gesagt: Poppers Wissenschaftskriterium des kritischen Dialogs wäre in das Modell integriert und wird damit zum Wertmaßstab wissenschaftlicher Diskurse.

⁶⁴ Inhaltsebene und Beziehungsebene orientieren sich an Watzlawicks (1969) Unterscheidung der Sprache in einen Inhaltsaspekt und einen Beziehungsaspekt. Ein einfaches Sender-Empfänger-Modell unterstellt, werden die kommunikativen Ebenen unterschieden: „Der Inhaltsaspekt vermittelt die ‚Daten‘, der Beziehungsaspekt weist an, wie diese Daten aufzufassen sind.“ (1969:55)

und politischen Rationalitäten zu analysieren. Wissenschaftliche Politikberatung als Grenzgängerin zwischen den Welten der Wissenschaft und der Politik signalisiert, daß der Austausch von Wissen besondere Anforderungen an den Vermittlungsprozeß stellt, die auf eine Transformation der wissenschaftlichen Erkenntnis in politisches Gestaltungswissen abzielen. Diese Form der Diskursanalyse wissenschaftlicher Politikberatungsprozesse erhebt den Anspruch, wissenschaftliches von unwissenschaftlichem, aber vor allem von politischem Wissen innerhalb des Vermittlungsvorgangs unterscheiden und die vermuteten Dialogblockaden erklären zu können und soll damit einen Beitrag zur Lösung konkreter wirtschaftspolitischer Probleme leisten, in dem der sprachliche Vermittlungsprozeß wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis im Mittelpunkt steht.

Literaturangaben:

- Adorno, Theodor W. u.a.[Hg.]: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. Darmstadt: Luchterhand, 1975⁴.
- Arber, Werner [Hg.] (1993): *Inter- und Transdisziplinarität. Warum? Wie? = Inter- et transdisciplinarité*. Bern u.a.: Haupt, 1993.
- Bachtin, Michail (1975): *Voprosy literatury i estetiki. Issledovanija raznych let*. Moskva: Chudozestvennaja Literatura, 1975.
- Bachtin, Michail (1979): *Die Ästhetik des Wortes*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1979.
- Benseler, Frank u.a. (1994): *Alternativer Umgang mit Alternativen. Aufsätze zur Philosophie der Sozialwissenschaften*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994.
- Bentele, Karlheinz/Reissert, Bernd/Schettkat, Ronald [Hg.] (1995): *Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften*. Frankfurt a. M.: Campus, 1995.
- Blühdorn, Hardarik (1995): "Sprache und Konflikt. Einige zeichentheoretische Überlegungen zum Status rhetorischer Strategien in der politischen Kommunikation". In: Reiher, Ruth [Hg.]: *Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen*. Berlin u.a.: de Gruyter, 1995, S. 93-112.
- Bohnet, Iris (1997): *Kooperation und Kommunikation. Eine ökonomische Analyse individueller Entscheidungen*. Tübingen: Mohr, 1997.
- Bohnet, Iris (1997a): „Diskurs – die Protektion der Kommunikation“. In: *Analyse und Kritik* Jg. 19 (1997) H.1, S. 15-32.
- Brodbeck, Karl-Heinz (1998): *Die fragwürdigen Grundlagen der Ökonomie. Eine philosophische Kritik der modernen Wirtschaftswissenschaften*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1998.
- Bubner, Rüdiger (1976): *Handlung, Sprache und Vernunft. Grundbegriffe praktischer Philosophie*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1976.
- Cassel, Dieter [Hg.] (1998): *50 Jahre Soziale Marktwirtschaft. Ordnungstheoretische Grundlagen, Realisierungsprobleme und Zukunftsperspektiven einer wirtschaftspolitischen Konzeption*. Stuttgart: Lucius & Lucius, 1998.
- Cassel, Susanne (2001): *Politikberatung und Politikerberatung. Eine institutionenökonomische Analyse wissenschaftlicher Beratung der Wirtschaftspolitik*. Bern: Haupt, 2001.
- Colander, C. David/Coats, Alfred W. (1989): *The Spread of Economic Ideas*. Cambridge: Cambridge University Press, 1989.
- Dams, Theodor (1990): „Zur Diskussion um eine eigenständige wissenschaftliche Disziplin ‚Theorie der Wirtschaftspolitik““. In: Dams, Theodor [Hg.] (1990): *Beiträge zur Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. Grundlagen - Empirie - Umsetzung. Kunihiko Jojima zum 70. Geburtstag*. Berlin: Duncker u. Humblot, 1990, S. 77-98.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper & Row, 1957.
- Elsner, Wolfram (1986): *Ökonomische Institutionenanalyse. Paradigmatische Entwicklung der ökonomischen Theorie und der Sinn eines Rückgriffs auf die ökonomische Klassik am Beispiel der Institutionenanalyse („property rights“)*. Berlin: Duncker & Humblot, 1986.
- Felt, Ulrike/Nowotny, Helga/Taschwer, Klaus (1995): *Wissenschaftsforschung. Eine Einführung*. Frankfurt a. M.: Campus, 1995.

- Frey, Bruno (2000): „Was bewirkt die Volkswirtschaftslehre?“ In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* (2000), Bd. 1, H. 1, S. 5-33.
- Frey, Bruno (2000a): „Volkswirtschaftslehre am Scheideweg“. In: *Handelsblatt* vom 13. Juni 2000, S. 57.
- Frey, Bruno (2000b): „Rätseln auf hohem Niveau. Warum Ökonomie in der Politik nicht mehr gefragt ist“. In: *Die Zeit* vom 7. Dezember 2000, S. 27.
- Frey, Bruno (1995): „Public Choice“. In: Berthold, Norbert [Hg.]: *Allgemeine Wirtschaftstheorie. Neuere Entwicklungen*. München : Vahlen, 1995, S. 343-353.
- Frey Bruno/Kirchgässner, Gebhard (1994): *Demokratische Wirtschaftspolitik. Theorie und Anwendung*. Wien: Oldenbourg, 1994.
- Frey, René: *Ökonomie und Politik. Über die Schwierigkeit der wirtschaftspolitischen Beratung*. Basel: Helbig u. Lichtenhahn, 1996.
- Gordon, David M. (1995): "Zwischen Kelch und Lippe. Die Rolle der Mainstream-Ökonomie in der Gestaltung der Wirtschaftspolitik." In: *Prokla* 99, (1995), H. 2, S. 245-269.
- Hall, Peter (1989): *The Political Power of Economic Ideas. Keynesianism across the Nations*. Princeton: Princeton University Press, 1989.
- Hamilton, L.H. (1992): „Economists as Public Policy Advisers“. In: *Journal of Economic Perspectives* (1992), Vol. 6/3 (Summer), S. 61-64.
- Hauser, Siegfried (1992): „Anforderungen an eine wissenschaftliche Politikberatung bei einem Radikalen Konstruktivismus als erkenntnistheoretischem Ansatz in der Ökonomie“. In: Mäding, Heinrich [Hg.]: *Die Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Politikberatung. Grundsatzfragen und Anwendungsgebiete*. Berlin: Duncker und Humblot, 1992, S. 29-40.
- Heller, Walter W. (1968): *Das Zeitalter der Ökonomen. Neue Dimensionen der Wirtschaftspolitik*. Tübingen: Mohr, 1968.
- Hitzler, Roland [Hg.] (1994): *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen: Westdt. Verlag, 1994.
- Holub, Hans Werner (1993): „Einige kritische Überlegungen zum zeitgenössischen Wissenschaftsbetrieb.“ In: *Ökonomie und Gesellschaft*. (1993), 10, S. 228-244.
- Hoyningen-Huene, Paul/Hirsch, Gertrude [Hg.] (1988): *Wozu Wissenschaftsphilosophie? Positionen und Fragen zur gegenwärtigen Wissenschaftsphilosophie*. Berlin: de Gruyter, 1988.
- Hüther, Michael (2000): „Entscheidungshilfe jenseits der Ideologie“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9. September 2000, S. 15.
- Jens , Uwe (2001): „Der Markt, ein Wohltäter. Eine Verteidigung der Wirtschaftswissenschaft“. In: *Die Zeit* vom 15. Februar 2001, S. 21.
- Kazmierski, Ulrich (1990): *Volkswirtschaftslehre und Analytische Handlungstheorie. Zur Diagnose, Ätiologie und Therapie einer Wirtschaftskrise*. Berlin: Duncker & Humblot, 1990.
- Kazmierski, Ulrich (1993): „Grundlagenkrise in der Volkswirtschaftslehre“. In: *Ethik und Sozialwissenschaften*. (1993), H. 2, S. 283-295.
- Kirchgässner, Gebhard (1988): "Politik und Politikberatung aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie". In: *Liberal* (1988), H.2; S. 41-49.
- Kirchgässner, Gebhard (1991): *Homo oeconomicus. das Modell des individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Tübingen: Mohr, 1991.
- Kirchgässner, Gebhard (1993): „Vom Nutzen der Wirtschaftstheorie für die Wirtschaftspolitik.“ In: *Konjunkturpolitik* (1993), H. 4, S. 201-225.
- Kirchgässner, Gebhard (1996): „Ideologie und Information in der Politikberatung: Einige Bemerkungen und ein Fallbeispiel“. In: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*. 41.Jg. (1996), S. 9-41.
- Kirsch, Guy (1993): *Neue Politische Ökonomie*. Düsseldorf: Werner-Verlag, 1993³.
- Kliemt, Hartmut (1986): „Veil of Insignificance“. In: *European Journal of Political Economy*. (1986), H. 3, S. 333-344.
- Kraft, Hans-Peter (1978): *Information und Kommunikation im Rahmen staatlicher Wirtschaftspolitik*. Berlin, Nicolai, 1978.
- Krings, Herman (1990): „Theorie und Entscheidung. Über theoretisches Wissen, praktisches Wissen, politisches Wissen“. In: Löw, Reinhard [Hg.]: *Expertenwissen und Politik*. Weinheim: VCH, Acta Humaniora, 1990, S. 1-13.
- Kristeva, Julia (1969): *Semiotikè. Recherches pour une sémanalyse*. Paris: Seuil, 1969.
- Krupp, Hans-Jürgen (1995): „Wirtschaftswissenschaft und Politikberatung“. In: Bentele, Karlheinz/Reisert, Bernd/Schettkat, Ronald [Hg.]: *Die Reformfähigkeit von Industriegesellschaften*. Frankfurt a. M.: Campus, 1995, S. 308-325.
- Krupp, Hans-Jürgen (1999): „Wissenschaftler und Politiker. Unterschiedliche Rollen“. In: *Wirtschaftsdienst* (1999), H. 3, S. 139-143.
- Kuhn, Thomas (1974): „Bemerkungen zu meinen Kritikern“. In: Lakatos, Imre/Musgrave, Alan [Hg.]: *Kritik und Erkenntnisfortschritt*. Braunschweig: Vieweg, 1974, S. 223-296.

- Külp, Bernhard (1992): „Zur These der Alibifunktion politikwissenschaftlicher Beratung“. In: Mäding, Heinrich [Hg.]: *Die Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Politikberatung. Grundsatzfragen und Anwendungsgebiete*. Berlin: Duncker und Humblot, 1992, S. 53-66.
- Lawson, Tony (1997): *Economics and Reality*. London: Routledge, 1997.
- Lenk, Klaus (1994): „Programmforschung und Regierungspraxis. Rahmenbedingungen, Ertrag und Zukunftsperspektiven“. In: Murswieck, Axel [Hg.]: *Regieren und Politikberatung*. Opladen: Leske+Budrich, 1994, S. 31-46.
- Lompe, Klaus (1981): „Wissenschaft und politische Steuerung“. In: ders. u.a.: *Enquete-Kommissionen und Royal Commissions. Beispiele Wissenschaftlicher Politikberatung in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1981, S. 9-69.
- Lotman, Jurij M. (1970): *Struktura chudozestvennogo teksta*. Moskva: Iskusstvo, 1970.
- Lotman, Jurij M. (1973): *Die Struktur des künstlerischen Textes*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 1973.
- Mäding, Heinrich [Hg.] (1992): *Die Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Politikberatung. Grundsatzfragen und Anwendungsgebiete. Theodor Dams zum 70. Geburtstag*. Berlin: Duncker und Humblot, 1992.
- Meier, Alfred (1994): „Ökonomen auf dem Weg von der Expertise zur Esoterik“. In: Hitzler, Roland [Hg.]: *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*. Opladen: Westdt. Verlag, 1994, S. 74-82.
- Meier, Alfred/Mettler, Daniel (1988): *Wirtschaftspolitik. Kampf um Einfluß und Sinngebung. Grundzüge einer neuen Theorie der Wirtschaftspolitik*. Bern: Haupt, 1988.
- Meier, Alfred/ Mettler, Daniel (1985): „Auf der Suche nach einem neuen Paradigma in der Wirtschaftspolitik“. In: *Kyklos* (1985), Vol. 38, S. 171-199.
- Merten, Klaus (1994): „Wirkungen von Kommunikation“. In: Merten, Klaus/Schmidt, Siegfried J./Weischenberg, Siegfried [Hg.]: *Die Wirklichkeit der Medien. Eine Einführung in die Kommunikationswissenschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1994, S. 291-328.
- Mohr, Ernst [Hg.] (1999): *The Transfer of Economic Knowledge*. Cheltenham: Elgar, 1999.
- Müller, Heinz: „Der Wirtschaftswissenschaftler als Berater wirtschaftspolitischer Instanzen“. In: Mäding, Heinrich [Hg.]: *Die Wirtschaftswissenschaft im Dienste der Politikberatung. Grundsatzfragen und Anwendungsgebiete*. Berlin: Duncker und Humblot, 1992, S. 67-76.
- Murswieck, Axel [Hg.] (1994): *Regieren und Politikberatung*. Opladen: Leske+Budrich, 1994.
- Neumann, Manfred (1998): „Läuse im Pelz der Politik“. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. 1. 1998, S. 15.
- Olson, Mancur (1965): *The Logic of Collective Action. Public Goods and the Theory of Groups*. Cambridge: Harvard Univ. Press, 1965.
- Pinzler, Petra (1998): „Zu viele Dünnbrettbohrer. Der heftige Streit der Forschungsinstitute offenbart die Misere der deutschen Ökonomenzunft“. In: *Die Zeit* vom 29.1.1998, S. 23.
- Pitlik, Hans (2001): „Politikberatung der Öffentlichkeit?“. In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*. (2001), Bd. 2, H. 1, S. 61-73.
- Popper, Karl (1975): „Die Logik der Sozialwissenschaften“. In: Adorno, Theodor W. u.a.[Hg.]: *Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie*. Darmstadt: Luchterhand, 1975⁴ S. 103-123.
- Priddat, Birger P. (1999): „Die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften in der Politikberatung – Ökonomik, Politik, Beratung. Einige Fragen“. In: *Wirtschaftsdienst* (1999), H. 3, S. 151-155.
- Priddat, Birger P. (2001): „Ideen statt Ideologie. Die Wirtschaftswissenschaft muss sich ändern.“ In: *Die Zeit* vom 11. Januar 2001, S. 21.
- Ramb, Bernd-Thomas (1989) [Hg.]: *Krise der Ökonomie*. München: Accedo-Verl. 1989.
- Reiher, Ruth [Hg.] (1995): *Sprache im Konflikt. Zur Rolle der Sprache in sozialen, politischen und militärischen Auseinandersetzungen*. Berlin u.a.: de Gruyter, 1995.
- Ropohl, Günter (1988): „Über die Unvermeidlichkeit der technologischen Aufklärung“. In: Hoyningen-Huene, Paul/Hirsch, Gertrude [Hg.]: *Wozu Wissenschaftsphilosophie? Positionen und Fragen zur gegenwärtigen Wissenschaftsphilosophie*. Berlin: de Gruyter, 1988, S. 359-381.
- Rothschild, Kurt (1998): „Beratung als kontinuierlicher Diskurs. Zwischen Wahrheitsanspruch und Umsetzungsnotwendigkeit“. In: Steiner, Michael [Hg.]: *Wirtschaftspolitische Beratung heute*. Frankfurt a. M.: Lang, 1998, S. 47-55.
- Schatz, Klaus-Werner (1999): „Die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften in der Politikberatung – Erfolge und Fehlschläge in der wissenschaftlichen Politikberatung“. In: *Wirtschaftsdienst* (1999), H. 3, S. 146-150.
- Schlecht, Otto/Suntum, Ulrich van [Hg.] (1995): *30 Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage*. Krefeld: Sinus, 1995.
- Steiner, Michael (1998) [Hg.]: *Wirtschaftspolitische Beratung heute*. Frankfurt a. M.: Lang, 1998.
- Streißler, Erich (1998): „Beratung als diktatorisches Unterfangen. Der wirtschaftspolitische Berater im demokratischen Entscheidungsprozeß“. In: Steiner, Michael [Hg.]: *Wirtschaftspolitische Beratung heute*. Frankfurt a. M.: Lang, 1998, S. 57-66.

- Tichy, Gunther (1998): „Über die Liebe zwischen Politiker und Berater und andere kontroverse Fragen der Politikberatung“. In: Steiner, Michael [Hg.]: *Wirtschaftspolitische Beratung heute*. Frankfurt a. M.: Lang, 1998, S. 67-77.
- Thiedeke, Udo (1997): *Medien, Kommunikation und Komplexität. Vorstudien zur Informationsgesellschaft*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997.
- Wallner, Fritz (1992): *Wissenschaft in Reflexion*. Wien: Braumüller, 1992.
- Ward, Benjamin (1986): *Die Idealwelten der Ökonomen. Liberale, Radikale, Konservative*. Frankfurt a.M.: Campus, 1986.
- Watzlawick, Paul u.a. (1969): *Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien*. Bern u.a.: Huber, 1969.
- Weber, Max (1988a): „Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“. In: ders.: *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr, 1988, S. 146-214.
- Weber, Max (1988b): *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen: Mohr, 1988.
- Weimann, Joachim (1987): *Normgesteuerte ökonomische Theorien*. Frankfurt a. M.: Campus, 1987.
- Weizsäcker, Carl Christian v. (1999): „Die Bedeutung der Wirtschaftswissenschaften in der Politikberatung – Wissenschaftliche Beratung in der Wirtschaftspolitik.“ In: *Wirtschaftsdienst* (1999), H. 3, S. 143-145.
- Weizsäcker, Carl Christian v. (2000): „Über die Schlußpassage der General Theory – Gedanken zum Einfluss ökonomischer Theorien auf die Politik“. In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* (2000), Bd. 1, H. 1, S. 35-52.
- Wulffen, Katrin v. (1996): *Politikberatung in der Demokratie. Zur Anwendung institutionenökonomischer Konzepte auf die Gesellschafts- und Unternehmenspolitik*. Berlin: Duncker & Humblot, 1996.